



Eltern-Kind-Zentren

Grundlagen und Rechercheergebnisse

Angelika Diller

Dezember 2006

Angelika Diller

Eltern-Kind-Zentren

Grundlagen und Rechercheergebnisse

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist ein zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene mit den Abteilungen „Kinder und Kinderbetreuung“, „Jugend und Jugendhilfe“, „Familie und Familienpolitik“, „Geschlechterforschung und Frauenpolitik“ und „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ sowie dem Forschungsschwerpunkt „Übergänge in Arbeit“. Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen von Projektförderung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Weitere Zuwendungen erhält das DJI von den Bundesländern und Institutionen der Wissenschaftsförderung.



Das Projekt „Eltern-Kind-Zentren“ in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ des DJI wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unter dem Förderkennzeichen B 68411 gefördert.

© 2006 Deutsches Jugendinstitut e.V.
Abteilung Kinder und Kinderbetreuung
Projekt: Eltern-Kind-Zentren
Nockherstr. 2, 81541 München
Telefon: +49 (0)89 62306-326
Fax: +49 (0)89 62306-407
E-Mail: diller@dji.de

Inhalt

	Einleitung	7
I	Grundlagen	9
1	Familienpolitische Begründungen	9
2	Arbeitsfeldspezifische Begründungen	12
3	Leitlinien und Handlungsorientierungen	14
II	Rechercheergebnisse	16
1	Motive und Entwicklungslinien	16
2	Organisationsformen/Organisationsstrukturen	21
3	Förderung von Kindern	27
4	Förderung, Unterstützung und Beteiligung von Eltern	30
4.1	Sozialraum- und zielgruppenspezifische Differenzierungen	31
4.2	Angebotssegmente	35
4.3	Beteiligung und Einbindung der Eltern	43
5	Kooperation und lokale Vernetzung	44
5.1	Kooperation mit anderen Institutionen	44
5.2	Lokale Vernetzung und Einbindung in die kommunale Jugendhilfepolitik	50
5.3	Kooperation mit ortsansässigen Unternehmen	52
5.4	Kooperation mit lokalen Bündnissen	53
6	Prinzipien der Angebotsgestaltung	54
7	Finanzierung	57
8	Qualifikationsprofile der Mitarbeiter/innen – Zusammensetzung der Teams	59
9	Exkurs: Eltern-Kind-Zentren als Mehrgenerationenhäuser	60
III	Bilanz und Perspektiven	62
1	Zusammenfassung	62
2	Label/Markenzeichen	66
3	Implementation eines sozialen Frühwarnsystems	68
4	Evaluation	70
5	Weiterer Forschungsbedarf	71
	Literaturhinweise	73
	Liste der interviewten Einrichtungen bzw. Einrichtungsträger	75
	Anlage zum Grundlagenbericht „Eltern-Kind-Zentren“	77
	Schaubild 1: Organisationsform Kita Plus	23
	Schaubild 2: Kooperationsmodell	25
	Schaubild 3: Zentrumsmodell	26

Einleitung

Diese Publikation erweitert die vorliegenden Erkenntnisse über die Entwicklung der Angebotsstruktur „Eltern-Kind-Zentren“.

Bereits im Jahre 2004 hat das DJI im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine erste, telefonische Recherche über „Häuser für Kinder und Familien“, erstellt. Darin wurde erstmals bundesweit ermittelt, wie groß das vorhandene Angebot an Einrichtungen ist, die Kinderbetreuungsangebote mit weiteren (Bildungs- und Beratungs-) Angeboten für Familien und Kinder kombinieren; ca. 120 Einrichtungen wurden in der Recherche erfasst, die dieses Angebotsspektrum umsetzen.

Im Jahre 2005 erschien der erste Grundlagenbericht, der auf diesen Erkenntnissen aufbaute. Er beschreibt den fachpolitischen Kontext, analysiert Praxisdaten und entwickelt Handlungsorientierungen und Leitlinien für die Praxis.

Von Juli 2005 bis Januar 2006 wurden weitere Erhebungen durchgeführt. Mit Leitungskräften, in einigen Orten auch mit Trägervertretern und kommunalen Akteuren wurden vor Ort Entwicklungsgeschichte, fachlichen Schwerpunkte und Perspektiven der Einrichtungen exploriert. Ziel der mehrstündigen Gespräche war das Verstehen und Nachzeichnen der Akteurslogiken, die Motor der Praxisentwicklung gewesen sind. Die Zentren haben sich – in der Zeit vor 2005 – zunächst nicht auf der Grundlage eines Bundes- oder Landesprogramms entwickelt, sie sind Ausdruck einer innovativen Praxisentwicklung, die auf veränderte familiäre Bedarfe reagierte. Diese Entwicklung ist an vielen Orten gleichzeitig und unabhängig voneinander entstanden. Aufgrund dieser Parallelität haben die Einrichtungen unterschiedliche Namen, arbeiten aber nach Konzepten, die sich den skizzierten Leitlinien zuordnen lassen. Alle diese Einrichtungen sind in diesem Bericht unter „Eltern-Kind-Zentren“ zusammengefasst.

Zeitgleich zu den ersten Praxisentwicklungen wurde auf Bundesebene die Entwicklung der Eltern-Kind-Zentren forciert. In dem familienpolitischen Gesamtkonzept der früheren Bundesministerin Renate Schmidt sind die Eltern-Kind-Zentren zentrales Angebotssegment für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

Politische Rahmenbedingungen für die fachliche Entwicklung und Verbreitung von Eltern-Kind-Zentren wurden 2006 in zwei Bundesländern gesetzt: NRW fördert die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen, bis zum Jahre 2010 sollen 30% – d.h. 3.000 – Einrichtungen als Familienzentren arbeiten

(www.familienzentren.nrw.de); in Brandenburg hat die Landesregierung 2006 Fördermittel zur Entwicklung von Eltern-Kind-Zentren in Kita's oder an anderen geeigneten Orten bereit gestellt

(www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/list.php/aktuelles), darüber hinaus hat die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg Finanzmittel für die Jahre 2007/2208 bereitgestellt, um 22 Eltern-Kind-Zentren für Familien mit Kindern unter drei Jahren zu fördern.

(www.fhh.hamburg.de/stadt/aktuell/behoerden/bsg/ausschreibungen-bekanntgaben/2006-004-fs621-eltern-kind-zentren).

Auch in vielen anderen Kommunen, Kreisen, bei öffentlichen und freien Trägern wird die Weiterentwicklung und Vernetzung von Einrichtungen „rund um die Familie“ gefördert. Diese Entwicklungslinien können in diesem Bericht nicht detailliert nachgezeichnet werden; die vorliegenden Ausführungen ergänzen den ersten Grundlagenbericht, erörtert werden politische Kontexte, Praxisentwicklungen, Kernelemente und Verbesserungspotentiale. Die (fach-) politischen Grundlagen werden im Teil I dargestellt, der Teil II reflektiert Rechercheergebnisse, eine zusammenfassende Bilanz im Teil III beendet den Bericht.

I Grundlagen

1 Familienpolitische Begründungen

Gegenwart und Zukunft der Familie dominieren die öffentlichen Diskussionen; über alle Parteigrenzen hinweg wird eine nachhaltige Familienpolitik als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe verstanden. Die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft ist abhängig von nachwachsenden Generationen. Dafür bedarf es Unterstützungs- und Entlastungsangebote der Familien. Im Unterschied zu früheren gesellschaftlichen Epochen, in denen die familienpolitischen Leistungen des Staates von einer breiten Öffentlichkeit kaum problematisiert wurden, stehen die heutigen familienpolitischen Entscheidungen auf der Agenda öffentlicher Diskussionen und kontroverser Diskurse. Dreh- und Angelpunkt ist die Forderung nach einer sozialen Infrastruktur, die Risiken von Familien abfedert und das Aufwachsen der nachfolgenden Generationen unterstützt.

Der aktuelle 7. Familienbericht (2005) erläutert eindrucksvoll die aktuellen Herausforderungen, die Familien zu bewältigen haben. Der Familie wird ein zentraler Stellenwert für die positive Entwicklung der nachfolgenden Generation und für den sozialen Zusammenhalt im Gemeinwesen zugewiesen. Die Leistungen der Familie sind aber kein „naturwüchsig“ ablaufender Prozess, sondern finden im Kontext gesellschaftlicher Wandlungsprozesse statt, deren Dynamik und Reichweite eine permanente Reflexion und eine familienfreundliche Politik erfordern.

Bereits die Familienberichte der siebziger Jahre haben auf die strukturellen Überforderungen von Elternschaft und Familie hingewiesen. Die ständig gestiegenen Anforderungen stehen 1994 im Mittelpunkt des 5. Familienberichtes. Kritisiert werden zunehmende Leistungsansprüche an Familien ohne Rücksichtnahme auf ihre Daseinskompetenzen und Ressourcen. Diese „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ der Gesellschaft gegenüber der Familie schwäche ihre Bildung „sozialen Kapitals“, d.h. die Bereitstellung der Ressourcen, die in Familienbeziehungen enthalten sind und die emotionale, soziale und kognitive Entwicklung der Kinder fördern. Das in der Familie vermittelte und angeeignete Humanvermögen wird als die wichtigste Voraussetzung und wirksamste Grundlage von Bildungsprozessen und gelungener Lebensgestaltung verstanden.

Der aktuelle 7. Familienbericht knüpft an die vorherigen Analysen an und reklamiert eine neue Balance der verschiedenen Bereiche im Alltag und im Lebensverlauf von Familien. Darüber hinaus macht der Bericht deutlich, dass die Familie

gemeinsame Güter für den Wohlstand der Nation erzeugt, von dem alle Mitglieder der Gesellschaft profitieren. In diesem Zusammenhang gewinnen die Interdependenzen zwischen dem funktionierenden Binnenbereich „Familie“ und dem Gemeinwesen zunehmend größere Beachtung. Gefordert wird eine neue Integration zwischen Familie und Lebensumfeld. Die Einbeziehung der Familie in das soziale Netz ist sowohl eine wichtige Bedingung für die Erbringung ihrer Leistungen als auch umgekehrt für den sozialen Zusammenhalt in der Kommune; demnach haben Familien die Funktion eines „Investors in kommunale Netzwerke“ (2005, Sachverständigenkommission 7. Familienbericht, BMFSFJ).

Der 12. Kinder- und Jugendbericht unterstreicht und ergänzt die Erkenntnisse des Familienberichtes. Er hebt hervor, dass die Bildungsprozesse der Kinder im Zusammenspiel von Familie und öffentlichen Bildungsinstitutionen am besten gelingen können. Deswegen bedarf es eines abgestimmten Systems von Bildung, Betreuung und Erziehung, das beiden Zielen entspricht: Familien für das Aufwachsen ihrer Kinder ein ebenso verlässliches wie qualifiziertes und zugleich für die Heranwachsenden ein umfassendes, altersgerechtes Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot bereitzustellen (BMFSFJ, 2005).

In diesem Kontext steht die Entwicklung der innovativen Angebotsstruktur der Eltern-Kind-Zentren, die mit Blick auf die folgenden Aspekte gesellschaftlichen Wandels eine aktuelle Relevanz hat:

- Die Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit in Kombination mit einem Wandel der Arbeitswelt und hohen Anforderungen an die Flexibilität und Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führen zu Mehrfachbelastungen der Eltern und erschweren die Balance von Beruf und Familie.
- Die strukturell bedingte Langzeitarbeitslosigkeit vergrößert Armutsrisiken. Armut ist für die betroffenen Familien und Kinder ein weit reichender Belastungsfaktor; er schränkt die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen ein, verhindert die Realisierung von Zukunftschancen und verschlechtert die Chancen der Kinder auf eine erfolgreiche Bildungskarriere. In vielen Fällen geht Armut mit Rückzug, fehlender sozialer Einbindung, Resignation und innerfamiliären Konflikten einher – ein Teufelskreis für Eltern und Kinder.
- Die Pluralität von Lebensformen ermöglicht prinzipiell mehr Chancen der Lebensgestaltung, führt aber auch zu Einschnitten und Brüchen, die sich etwa an der steigenden Zahl von Scheidungskindern oder am hohen Anteil Alleinerziehender ablesen lassen – einer Gruppe, die in vielfacher Hinsicht einen besonderen Unterstützungsbedarf hat.

- Migrationsprozesse sind ein konstituierender Bestandteil globalisierter gesellschaftlicher Entwicklung. Eltern und Kinder stehen vor der Herausforderung, damit verbundene Krisen und Brüche zu bewältigen. Aus der Perspektive des Gemeinwesens können Migrationsprozesse gelingen oder scheitern, sie können kulturelle Bereicherung und Weiterentwicklung ermöglichen, aber auch zur Entwicklung von Parallelgesellschaften führen. In diesem Kontext hat PISA gezeigt, dass es in Deutschland bisher kaum gelungen ist, die strukturelle (Bildungs-) Benachteiligung von Kindern aus Familien ausländischer Herkunft zu verringern.
- Im Zuge vielfacher Verunsicherungen von Eltern – vor dem Hintergrund des Wertpluralismus und beschleunigten gesellschaftlichen Wandels – nehmen auch die Erziehungsunsicherheiten zu – und zwar quer durch soziale und Bildungsschichten. Viele Erziehungsprobleme entstehen, weil Eltern sich mit ihren Fragen und Belastungen allein gelassen sehen.
- Die problematischen Folgen der Globalisierungsprozesse werden durch die dramatischen demographischen Veränderungen verschärft. Hier sind nicht nur die bekannten Folgen auf die Sozialsysteme zu nennen, sondern auch die Lebensbedingungen im Nahraum der Familien. Kommunen werden handlungsunfähiger und „natürliche“ Netzwerke zwischen Verwandten und Nachbarn werden nicht nur durch mobilitätsbedingten Wegzug, sondern auch durch die quantitative Reduzierung der Familiensysteme ausgedünnt.
- Andererseits gibt es auch die Gruppe von Familien, die über ein hohes Maß an persönlichen Ressourcen und Kompetenzen verfügt. Daraus entstehen neue Ansprüche an Beteiligung und Mitgestaltung; Eltern wollen nicht „Zaungäste“ der institutionellen Bildungsbiographie ihrer Kinder sein, sondern sich auf verschiedenste Weise einbringen.

2 Arbeitsfeldspezifische Begründungen

Das SGB VIII normiert an mehreren Stellen Kooperation und Vernetzung unterschiedlicher Angebote und die Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung (SGB VIII § 80). Diese Vorgaben werden in den einzelnen Regionen unterschiedlich realisiert, die Umsetzung ist immer wieder Gegenstand fachpolitischer Auseinandersetzungen gewesen.

Kindertageseinrichtungen stellen sowohl quantitativ als auch hinsichtlich ihrer strukturellen Verankerung das größte Angebot. Sie erreichen heute fast alle Familien mit Kindern im Vorschulalter (DJI Zahlenspiegel 2005) und verfügen über wichtige institutionelle Potenziale und Ressourcen. Dazu gehören die kontinuierliche, lang anhaltende Beziehung zu Kindern und Eltern, ein großer Gestaltungsspielraum für die fachliche Arbeit und die Orientierung an Lebenslagen und dem Sozialraum der Familien. Dessen ungeachtet dominiert in einem Teil der Praxis meist ein enger Zuschnitt auf die Bildungs- und Betreuungsbedürfnisse der Kinder. Die Zusammenarbeit mit Eltern wird als ein zwar wichtiger, aber letztlich ergänzender und nicht selten auch belastender Aspekt zur pädagogischen Förderung der Kinder gesehen.

Daneben existiert ein in der Regel weniger abgesichertes und vor allem auch weniger bekanntes Angebot der familienbezogenen Bildungs- und Beratungsdienste, der Familienhilfe, aber auch medizinischer und präventiver Dienste mit häufig spezialisierten Zugängen und oft erheblichen Zugangshürden für die Adressaten. Alle diese Institutionen verfolgen das gemeinsame Ziel, Kinder und Familien zu fördern und zu unterstützen. Institutionelle Traditionen, gesetzliche und administrative Rahmenbedingungen haben indes dazu geführt, dass sie ihre eigenen Felder und fachlichen Akzentuierungen entwickeln; eine nicht nur punktuelle, sondern systematische Zusammenarbeit, integriert in ein Gesamtkonzept, ist die Ausnahme. Eine systematische Verknüpfung mit den Institutionen der Familienbildung, die über ausgebildete Familien- und Erwachsenenbildnerinnen verfügen, findet (noch) nicht flächendeckend statt. Die positiven Effekte dieser Angebote für Familien werden dadurch gemindert.

Die fachwissenschaftliche Entwicklungsgeschichte zeigt, dass die Öffnung der Kindertageseinrichtungen schon seit vielen Jahren gefordert wird. Bereits in den 80er Jahren, in der Zeit der Familienministerin Rita Süßmuth, wurden die konzeptionellen Grundlagen für zwei Bundesprojekte gelegt, die man als Vorläufer der aktuellen Diskussion verstehen kann. In dem DJI-Projekt „Betriebliche För-

derung von Kinderbetreuung“ (1995-1997) wurde erstmalig die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Wirtschaftsunternehmen forciert und das DJI-Projekt „Orte für Kinder“ (1992-1994) förderte die Verknüpfung mit verschiedenen Angebotssegmenten im Gemeinwesen. Und es dürfte kein Zufall sein, dass ein Teil der Einrichtungen, die sich zurzeit als Eltern-Kind-Zentrum weiter entwickeln, an diesem Projekt beteiligt war. Auch im 9. und 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wurde ausführlich erörtert, dass Kindertageseinrichtungen über Potenziale und Ressourcen verfügen, die viel zu wenig für die Unterstützung von Familien und die Aktivierung des Gemeinwesens genutzt werden. Von einzelnen innovativen Praxisprojekten abgesehen fehlte bei den Verantwortlichen der Umsetzungswille. Dies begünstigte die „Versäulung“ von Angeboten und die Entwicklung von Monopol- und Revierdenken.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum Konzept der EEC

Die Diskussion um eine Öffnung der Einrichtungen in Deutschland hat auch durch die Rezeption der Entwicklung in England wichtige Impulse erhalten. Als Beispiel für einen familien- und sozialraumorientierten Einrichtungstypus gelten die „Early Excellence Centres“, die Ende der 90er Jahre in England vorwiegend in sozialen Brennpunkten aufgebaut wurden. Charakteristisch für sie ist das Angebot integrierter Dienstleistungen „aus einer Hand“, die in multiprofessioneller Zusammenarbeit erbracht werden. Weiter zeichnet sie das nachdrückliche Bemühen um eine Erziehungspartnerschaft zwischen pädagogischem Personal und Eltern aus, d.h. Eltern werden von Anfang in die Begleitung der Bildungsprozesse der Kinder einbezogen.

Dazu kommen eine hohe, an den Bildungsprozessen der Kinder orientierte Qualität der pädagogischen Arbeit sowie Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und ehrenamtliche Kräfte, aber auch für Eltern. Das Modell und die Praxisberichte der englischen Early Excellence Centres „stehen Pate“ für die „Häuser für Kinder und Familien“. Im Unterschied zu den englischen Early Excellence Centres geht es bei den „Häusern für Kinder und Familien“ aber nicht nur um Einrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Sie sind auch in durchschnittlichen und gehobenen Wohngebieten erforderlich, um eine „Kultur des Aufwachsens“ und das damit unmittelbar verknüpfte Familienleben zu unterstützen und attraktiv zu gestalten.

Mittlerweile haben die Zentren in England eine neue Ausbauphase erreicht, in jeder Stadt wird ein „Children-Center“ implementiert, im Fokus steht die kom-

munale Steuerung, die durch Vernetzung und Kooperation eine integrierte Handlungsperspektive anstrebt. Aber auch Entwicklungen in anderen Ländern zeigen in die gleiche Richtung. In Finnland werden mit dem Konzept „Neuvola“ Angebote für mehrere Lebensphasen verknüpft. Das Spektrum reicht von pränatalen Angeboten bis zur Förderung von Schulkindern. Aus Toronto liegt ein kommunales Konzept vor, in dem Kooperation, Koordination und Vernetzung nach einem differenzierten Indikatorenkatalog gesteuert und bewertet werden (Atkinson Centre 2005).

3 Leitlinien und Handlungsorientierungen

Im Kontext familienpolitischer und infrastruktureller Erkenntnisse lässt sich die Arbeit der Zentren in folgende Leitlinien verankern.

Familien brauchen eine soziale Infrastruktur, die widersprüchliche Anforderungen und Belastungen abfedert, mit denen sich Familien konfrontiert sehen. Eltern-Kind-Zentren sind diesem Auftrag verpflichtet. Sie leisten einen innovativen Beitrag zur Anpassung der sozialen Infrastruktur an veränderte familiäre Bedarfe. Sie verknüpfen die Angebote der Kindertageseinrichtungen mit den Angebotssegmenten der Familienbildung, -unterstützung und -förderung. Damit wollen sie die historisch gewachsene Verinselung fachspezifischer Angebotssegmente überwinden und die getrennten Sphären öffentlicher und privater Bildungsorte in einem integrierten Gesamtkonzept zusammenführen.

Eltern-Kind-Zentren wollen bedarfsgerechte, integrierte Angebote entwickeln, mit denen Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern gefördert und Eltern/Familien unterstützt werden. An der Schnittstelle von Kindertageseinrichtung, Familienbildung und Familienhilfe entstehen bedarfsgerechte und niedrigschwellige Zugänge, durch ein Konzept der institutionellen Öffnung werden institutionsspezifische Angebote in einem Gesamtkonzept integriert. Mit dem Anschluss an zusätzliche regionale Angebote und eingebettet in lokale Strukturen kann ein breit gefächertes Unterstützungssystem aufgebaut werden, das Familien fördert und aktivierende Impulse im Gemeinwesen setzt.

- Das spezifische und innovative Profil der Eltern-Kind-Zentren liegt in der Verzahnung bisher getrennter Angebotsstränge. Diese hat das Ziel, Bedarfe von Eltern und Familien in einem integrierten Gesamtkonzept aufzugreifen und neue Ideen und qualitative Weiterentwicklungen durch Synergieeffekte zu ermöglichen.

- Die Angebotsstruktur der Eltern-Kind-Zentren zeichnet sich durch eine Öffnung nach innen und nach außen aus: Variable Nutzung von Betreuungszeiten, Altermischung und Alterserweiterung, offene Gruppenarbeit kennzeichnen die Arbeit „nach innen“; offene Angebote für Kinder, Eltern und Familien aus dem Wohnfeld, die nicht zu den angemeldeten Nutzern der Einrichtung zählen, Vernetzung mit anderen Angeboten im Stadtteil sind Qualitätsmerkmale der Arbeit „nach außen“.
- Das Angebot der Eltern-Kind-Zentren ist sozialräumlich orientiert und setzt je nach regionalem Umfeld unterschiedliche Schwerpunkte. Einrichtungen, deren Nutzer zur der Gruppe der Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf gehören, setzen andere fachliche Akzente als Einrichtungen für Familien mit hoher beruflicher Mobilität, „individualisierter Elternschaft“ und hohem Sozialstatus.

Eltern-Kind-Zentren brauchen eine Verankerung in einem kommunalen Gesamtkonzept, das die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und die Förderung und Unterstützung von Familien ins Zentrum politischen Handelns stellt.

II Rechercheergebnisse

Auf der Grundlage der ersten Recherche „Häuser für Kinder und Familien“ (DJI 2004) wurden in ca. 20 ausgewählten Einrichtungen vor Ort mehrstündige Gespräche geführt. Aufgrund der vorgegebenen engen Zeitschiene konnte die Auswahl der Einrichtungen weder flächendeckend noch systematisch erfolgen. Der Gesprächleitfaden umfasste 17 Themenfelder, die entsprechend des Einrichtungsprofils eine unterschiedliche Gewichtung hatten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen nicht die Evaluation der Einrichtung, sondern das Erfahrungswissen und die Einschätzung der Gesprächspartner/innen. An den Gesprächen nahmen die Leitungen, in einigen Gesprächen auch Vertreter der Kommune, der Träger und Eltern teil. Die Gespräche wurden auf Band aufgezeichnet. Ergänzt wurden die Gesprächsergebnisse durch eine Vielzahl intensiver Diskussionen, die mit Praxisvertretern im Rahmen von einschlägigen Veranstaltungen geführt wurden.

Die folgenden Ausführungen verdichten die Einzelergebnisse und vermitteln einen Ergebnisüberblick auf der Folie der fachpolitischen Diskurse.

1 Motive und Entwicklungslinien

Wie schon in der Einleitung erwähnt, begann die Entwicklung der Angebotsstruktur im Praxisfeld. Sie lässt sich in zwei Arbeitsfeldern verorten: im Arbeitsfeld der Tageseinrichtungen für Kinder und im Arbeitsfeld der Familienbildung/Familienzentren. Den quantitativ größten Anteil an der Weiterentwicklung haben die Tageseinrichtungen für Kinder. Dies ist allein schon deshalb nahe liegend, da Kindertageseinrichtungen mit bundesweit ca. 50.000 Einrichtungen flächendeckend verbreitet sind und es auch keinen öffentlichen Einrichtungstyp gibt, der mehr Einrichtungen vorhält. Die Anzahl der Institutionen innerhalb der Familienbildung liegt bundesweit bei ca. 600¹. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Angebote der Familienbildung sehr viel umfangreicher sind, da ein großer Teil in anderen Institutionen durchgeführt wird.

¹ Die drei Dachverbände der Eltern und Familienbildung, – die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familienbildungsstätten e.V.; die die Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung & Beratung e.V. und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten – verzeichnen in einem gemeinsamen Flyer (2005) 604 Mitgliedseinrichtungen und 1.500 Kooperationspartner.

Die fachliche Arbeit der Kita's ist im KJHG mit folgenden Vorgaben verankert:

- Der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag für Kinder von mindestens drei bis sechs Jahren,
- die Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und
- die Unterstützung der Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungstätigkeit.

Diese gesetzlichen Vorgaben skizzieren einen großen Teil der Arbeit, die auch substanzieller Teil der Arbeit in Eltern-Kind-Zentren ist. Dementsprechend gibt es eine große Schnittmenge zwischen dem Regelangebot der Kita's und den Eltern-Kind-Zentren, da es bisher keine festgelegten, eindeutigen Kriterien gibt, lassen sich die Grenzen zwischen einer „guten“ Kita und einem Eltern-Kind-Zentrum nicht immer trennscharf ziehen.

Die Einrichtungen im Arbeitsfeld „Familie“ haben eine andere institutionelle Entwicklungsgeschichte. Vorläufer der heutigen Einrichtungen sind die Mütter-schulen der 50er und 60er Jahre, die sich in verschiedenen Angebotstypen ausdifferenziert haben, beispielsweise in die Angebotsform der Mütter- und Familienzentren, deren grundlegender Ansatz die Aktivierung der Selbsthilfepotenziale der Teilnehmer sind, im Unterschied zu den Familienbildungsstätten, die die Kernaufgaben mit ausgebildeten Fachkräften ausüben. Die thematischen Schwerpunkte umfassen eine breite Angebotspalette, das Spektrum reicht von Themen „rund um die Geburt“, Gesundheit und Ernährung, bis hin zu familienspezifischen Themen und Veranstaltungen. Nutzer der Einrichtungen sind Mütter, Väter, Kinder und auch zunehmend die Generation der Älteren.

Motivation und Schubkraft für die institutionelle Weiterentwicklung des gegenwärtigen Angebots für Kinder, Eltern und Familien kamen aus unterschiedlichen Strukturebenen:

➤ **Die Mitarbeiter/innen in Kindertageseinrichtungen erkannten zusätzliche Bedarfe und die „Schwellenproblematik“**

Engagierte Praktikerinnen stellten fest, dass Eltern Bedarfe haben, die „ihre“ Einrichtung nicht abdeckt. Diese Erkenntnis erfolgte über systematische Elternbefragungen oder/und durch die Reflexion der Alltagserfahrungen. In den Befragungen wurde deutlich, dass der direkte tägliche Kontakt mit Eltern beim Bringen und Abholen der Kinder die entscheidenden Schlüsselszenen für die Bedarfsermittlung sind. Sie vermitteln wichtige Informationen über Wünsche und Probleme der Eltern. Diese spontane, unsystematische Datenermittlung wurde in den Teamsitzungen ausgewertet und gab den Anstoß für die Ausweitung der Angebo-

te. Zusätzliche, systematische Elternbefragungen haben teilweise diese Datenbasis ergänzt; die Mehrzahl der Mitarbeiterinnen vertritt die Meinung, dass die spontane, alltagsorientierte Form der Datensammlung unverzichtbar sei. Insbesondere für Eltern mit Migrationshintergrund sei das Ausfüllen eines Fragebogens nicht das passende Instrument.

Darüber hinaus wurde berichtet, dass die übliche Weitervermittlung an andere Einrichtungen, z.B. der Erziehungsberatung oder Familienbildung, häufig erfolglos bleibt. Ein Teil der Eltern nimmt die gut gemeinten Ratschläge zwar wohlwollend auf, vermeidet aber dennoch die Kontaktaufnahme zu einer anderen Institution. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Die Wege in eine andere Einrichtung sind zu lang und nehmen zu viel Zeit in Anspruch, der weitaus häufigere Grund besteht darin, dass ein großer Teil der Eltern sich scheut, seine Anliegen in einer für sie fremden Institution zu präsentieren. Diese Praxiserfahrungen gaben den Anstoß – nach den erforderlichen Absprachen mit dem Träger –, zusätzliche Angebote in die Einrichtung zu holen.

➤ **Die Mitarbeiter/innen in Familienbildungseinrichtungen/Mütterzentren machten die Erfahrung, dass ihre „Stammkunden“ ein großes Interesse am spezifischen Angebot der Kita haben**

Aus diesem Arbeitsfeld wurde folgende Entwicklung berichtet: Zum einen brauchen berufstätige Mütter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die nur möglich wird durch ein tägliches, mehrstündiges Betreuungsangebot, das öffentlich subventioniert nur in den Tageseinrichtungen für Kinder angeboten wird. Zum anderen besteht der Wunsch nach einer systematischen, täglichen, kontinuierlichen Bildungsförderung für die Kinder. Begünstigt durch die Ausbauphase im Rahmen der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, haben einige Einrichtungen die Säule „Kita“ in ihr Angebot integrieren können. Beispiele dafür finden sich in Pattensen, Salzgitter und Darmstadt.

➤ **Öffnung und Weiterentwicklung initiiert im Kontext öffentlicher Jugendhilfeplanung**

Die Weiterentwicklung bestehender Einrichtungen, z.B. in Nürnberg, München, Monheim wurden sind im Rahmen von Jugendhilfeplanung initiiert. Dies ist ein mehrstufiger, in manchen Orten auch mehrjähriger Prozess gewesen, der umfangreiche, zeitlich aufwendige Abstimmungsprozesse in den zuständigen Gremien erforderlich macht. Auf der Grundlage der KJHG-Vorgaben ist die Einbindung in die Jugendhilfestruktur ist der notwendige strukturelle Unterbau für die Entwick-

lung der Angebotsstruktur und damit ein zentraler Teil erforderlichen Rahmenbedingungen. Sowohl die Beispiele in München, Monheim und Nürnberg (DJI Recherchebericht 2004) zeigen, dass ohne eine jugendhilfepolitische Verankerung keine längerfristige Entwicklung möglich gewesen wäre. Die Einbindung in die Jugendhilfeplanung sichert auch die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse in einer Reichweite, die deutlich über das Einzugesgebiet einer einzelnen Kindertagesstätte hinausgeht.

Dazu drei Beispiele:

Das Jugendamt der Stadt Nürnberg hat 2000 in Kooperation mit dem Nürnberger Bündnis für Familien die Öffnung der Kindertagesstätten zu Orten der Familie initiiert und verschiedene Module entwickelt, mit denen die Öffnung der Tageseinrichtungen für Kinder strukturell und personell unterstützt wird. Mittlerweile arbeiten in Nürnberg 18 Einrichtungen nach diesem Konzept.

Die Stadt München hat bereits 1991 das Kindertageszentrum „KiTZ“ durch Stadtratsbeschluss verankert; ein weiterentwickeltes Konzept wurde 2003 beschlossen. Die Entscheidung wurde motiviert durch die Auswertung der Praxis, die zeigte, dass die Bedarfe von Kindern und Eltern nicht durch klassische Regelangebote zufrieden stellend aufgegriffen werden. Durch Zusammenarbeit und Vernetzung der Fachdienste sollten bedarfsgerechtere Angebote entwickelt werden.

Die Stadt Monheim hat 2002 im Rahmen der AWO-ISS-Studie „Armut bei Kindern“ auf die zunehmende Armutsproblematik von Kindern in Kindertageseinrichtungen reagiert. Mit dem Modellprojekt MOKI ist beabsichtigt, die negativen Folgen familiärer Armutslagen zu reduzieren durch infrastrukturell entwickelte Angebote, die an Kindertageseinrichtungen „andocken“. Das Projekt ist als ein zentraler Baustein „einer nachhaltigen Familien-, Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik“ innerhalb der kommunalen Stadtentwicklung verortet.

➤ **Eltern-Kind-Zentren entstehen aufgrund eines kommunalen Gesamtkonzeptes**

Eine bisher selten praktizierte Variante ist die Weiterentwicklung von Einrichtungen, die innerhalb eines kommunalen Gesamtkonzeptes initiiert wurden. Ein richtungsweisendes Beispiel für die Kooperation zwischen einer Kommune und der Wirtschaft zeigt die Stadt Melsungen. Im Abschlussbericht „Zukunftsmodell Haus des Kindes“ (Seehausen 2004) heißt es: „Das Zukunftsmodell „Haus des Kindes“

entstand aus einer beispielhaften Kooperation zwischen der Stadt Melsungen und der Wirtschaft. Der Bürgermeister, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und ortsansässige Unternehmer beauftragten im Februar 2003 die Referatsleiterin der Betriebskrankenkasse und die Leiterin der städtischen Kindertageseinrichtung, eine Konzeption zur Verbesserung des Bildungs- und Betreuungsangebotes zu verfassen.“ (Zitat leicht gekürzt).

Das Beispielhafte und Richtungsweisende liegt dabei in der Kooperation von Personen und Institutionen, die in sehr unterschiedlichen Kontexten verortet sind und die Angebote für Familien und Kinder auch als wirtschaftlichen Standortfaktor definieren. Diese spezifische infrastrukturelle Rahmung ist nach dem jetzigen Sachstand (noch) eine Ausnahme.

Ein vergleichbares Konzept ist in der Stadt Ludwigsburg zu verzeichnen. Initiiert durch den Bürgermeister und den Gemeinderat wurde 2004 ein Stadtentwicklungskonzept (SEK) konzipiert. Mit der Leitorientierung „Chancen für Ludwigsburg“ wurde ein Masterplan für Ludwigsburg verabschiedet und bisherige Aufgaben neu definiert und strukturiert. In diesem Kontext wurde die Zusammenarbeit zwischen Kita und Familienbildung neu organisiert.

➤ **Eltern-Kind-Zentren entstehen aufgrund von landespolitischen Entscheidungen**

In zwei Bundesländer wird seit 2005 die Weiterentwicklung zu Eltern-Kind-Zentren gezielt gefördert. In NRW, dem bevölkerungsstärksten Bundesland hat 2005 die erste Ausbauphase begonnen, in der bestehende Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren weiterentwickelt werden. Bis 2010 sind dreitausend Zentren geplant, dann arbeiten 30% der bestehenden Tageseinrichtungen für Kinder als Familienzentren/Eltern-Kind-Zentren. Konzeptioneller Ausgangspunkt ist das institutionelle Setting der Kita: Niedrigschwellige Angebotstruktur, flächendeckende Verbreitung, die hohe Akzeptanz bei Eltern sind auch aus der Sicht der Landesregierung NRW eine hervorragende Grundlage für die Vernetzung der Einrichtungen mit Angeboten aus der Familienbildung/Familienhilfe. Eine finanzielle Förderung der Einrichtung und wissenschaftliche Begleitung sollen die Ausbauphase unterstützen (www.familienzentren.nrw.de/projekte, 2006). Eine ähnliche Entwicklung initiiert das Land Brandenburg; das Kabinett hat im Dezember 2005 beschlossen, in einem dreijährigen Modellversuch die Entwicklung von Eltern-Kind-Zentren zu fördern (www.mbj.s.brandenburg.de, 2006).

2 Organisationsformen/Organisationsstruktur

Eltern-Kind-Zentren haben sich – bis auf wenige Ausnahmen – auf der Basis bestehender Einrichtungen entwickelt. In der Recherche interessierte, inwieweit und in welche Richtungen sich die ursprünglichen Organisationsstrukturen verändern. Dabei fiel ins Auge, dass die jeweilige Basiseinrichtung, bedingt durch Raumangebot, Raumgestaltung und Sachmittel ihre spezifische Identität beibehält. Ein Eltern-Kind-Zentrum auf der Grundlage einer Kita vermittelt ein eher kindspezifisches Profil; die Familienbildungseinrichtung, in die eine Kita integriert wird, bleibt als Familienbildungseinrichtung erkennbar. Auch in der quantitativen Verteilung der generationsspezifischen Angebote sind Unterschiede erkennbar. Eine Kita mit einem Ganztagsangebot für Kinder bietet quantitativ weniger Angebote für Eltern an, und ein Teil der Angebote für Eltern wird nach dem „Kindergartenbetrieb“ angeboten. In einer Einrichtung auf der Grundlage eines Familienzentrums laufen die Angebote für Eltern und Kinder parallel, die Anzahl der Angebote für Elter/Familien ist häufig höher, als in anderen Einrichtungstypen.

Unterschiedliche Faktoren beeinflussen die Organisationsstrukturen, insbesondere das zur Verfügung stehende Raumangebot. Einrichtungen mit einem ausreichenden Platzangebot können sehr viel mehr Angebote „unter einem Dach“ verknüpfen. Raumprobleme hat ein großer Teil der Kindertageseinrichtungen; die mehrheitlich für die pädagogische Arbeit mit Kleinkindern gebaut wurden und keine geeignete Raum- und Sachausstattung für eine intensive Arbeit mit Erwachsenen zur Verfügung haben.

Ein weiterer Faktor sind die vorhandenen Angebote im regionalen Umfeld. Die Entfernung zwischen den Einrichtungen erleichtert oder erschwert die Kooperation. Je näher die Einrichtungen beieinander liegen, desto eher kann ein Angebot „aus einer Hand“, aber „unter verschiedenen Dächern“ aufgebaut werden. Auch aus der Sicht der Nutzer ist die Entfernung zwischen Wohnung und Einrichtung bedeutsam, das Angebot der Kita muss – so sieht es das KJHG vor – zu Fuß erreichbar sein. Wie weit die Entfernung für die Inanspruchnahme anderer Angebote sein „darf“, konnte in der Recherche nicht ermittelt werden. Eine große Hürde entsteht, wenn zusätzliche Angebote nur mit privaten oder öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist.

Auch die bestehende Einbindung in eine Trägerstruktur ist relevant. Träger, die unterschiedliche Angebote bereitstellen, wollen eine Vernetzung, sie verspre-

chen sich davon eine Kundenbindung, aber auch erhebliche Synergieeffekte bei der Steuerung der Einrichtungen.

Drei Organisationsformen werden mit Blick auf die Recherchedaten unterschieden:

➤ **„Kindertageseinrichtung Plus“**

Dieser Organisationstypus ist am weitesten verbreitet aufgrund der – schon erwähnten – flächendeckenden Verbreitung der Tageseinrichtungen. Darüber hinaus haben die Kindertageseinrichtungen ein, für den Aufbau von Eltern-Kind-Zentren geeignetes, institutionelles Setting. Die Einrichtungen haben eine hohe Akzeptanz bei den Eltern, sie sind nicht problemdefiniert, sondern werden freiwillig in Anspruch genommen. Darüber hinaus sind Kita's auch ein Ort der sozialen Integration. Familien, die neu hinzugezogen sind, können in der Kita leicht Kontakte knüpfen; auch die soziale Mischung unterschiedlicher Lebenslagen und Nationalitäten reduziert Ausgrenzung. Die hohe zeitliche Frequentierung ermöglicht intensive Beziehungskontinuitäten. Für Eltern und Kinder ist die Kita eventuell drei Jahre lang ein täglicher Ort der Begegnung. Damit ist Beziehungskontinuität und Verlässlichkeit über einen sehr langen Zeitraum sichergestellt.

Bei dem Organisationstyp „Kita-Plus“ wurden folgende Varianten recherchiert:

- Die Leitung der Einrichtung organisiert und verantwortet das gesamte Angebot. Das bedeutet, sie organisiert zusätzlich zum Regelangebot, das sie für Kinder und Eltern vorhält, weitere Angebote. Beispielsweise organisiert sie zusätzliche Angebote für Eltern, initiiert die Kontaktaufnahme zum ASD und zum Jugendamt, zu anderen Institutionen im Stadtteil, beteiligt sich an der Gremienarbeit, arbeitet am Aufbau eines Netzwerkes. Diese Aktivitäten erfordern erhebliche Ressourcen und zusätzliche Kompetenzen. Von Leitungskräften, die nicht freigestellt sind, können diese zusätzlichen Aufgaben nachhaltig nicht wahrgenommen werden.

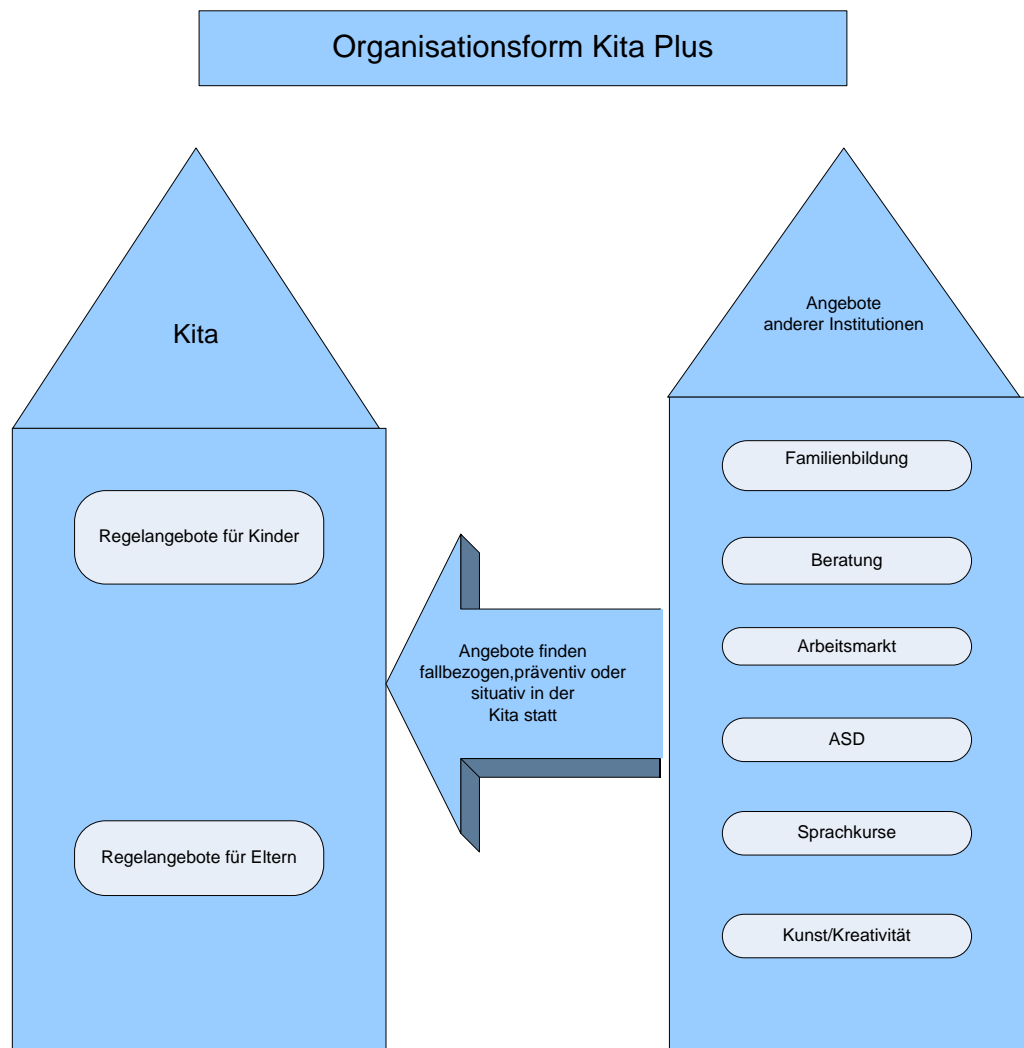


Schaubild 1

- Eine andere Variante ist die geteilte Zuständigkeit. Die Einrichtungsleitung organisiert das Angebot im Rahmen ihrer Regelaufgaben; das zusätzliche Angebot wird in einer gemeinsamen Verantwortung mit anderen organisiert. Die Kooperationspartner können beispielsweise beim selben Träger angestellt sein oder vom Träger organisiert werden. Mit dieser Variante wird die Einrichtungsleiterin entlastet.

➤ Kooperationsmodelle

Im Kooperationsmodell entwickeln unterschiedliche Träger ein gemeinsames Konzept; das schon erwähnte Projekt „MO.KI“ ist ein Beispiel für eine trägerübergreifende Kooperation. Zentrale Säule des Konzeptes ist die Koordinatorin, die beim Jugendamt angesiedelt ist und die Vernetzungsarbeit übernimmt.

Ein anderes Kooperationsmodell wird in Nienhagen, einer ländlichen Region in Niedersachsen, praktiziert: Die Familienbildungsinstitution/Mütterzentrum „Kess“ und die Kindertageseinrichtung eines evangelischen Trägers liegen in einer ländlichen Region, in einer Reichweite von ca. 100 Metern. Die Einrichtungen sind in unterschiedlichen Trägerkulturen verankert, haben verschiedene gesetzliche Vorgaben, sie entwickelten viele Jahre parallel Angebote für dieselbe Zielgruppe Familie: Kinder, Eltern, Großeltern.

Seit einiger Zeit haben die Einrichtungen ihre Angebote in einen Rahmenkonzept aufeinander abgestimmt. Ihre Leitidee ist, anstatt um die Zielgruppen zu konkurrieren, ihre jeweils spezifischen Stärken in einem Rahmenkonzept zu verknüpfen und im Sinne der Nutzer eine integrierte Angebotspalette zu entwickeln. Eltern und Kinder können in der Einrichtung „Kess“ Angebote buchen, z.B. Sprachkurse, die der Regelkindergarten nicht vorhält, oder auch zusätzliche Betreuungsangebote. Diese Zusammenarbeit ist ein Beispiel für eine Kooperation zwischen Einrichtungsträgern unterschiedlicher Kulturen, die ihr eigenes Profil nicht aufgeben, aber in ihrem eigenen Interesse und dem der Nutzer eine integrierte Angebotspalette entwickeln.

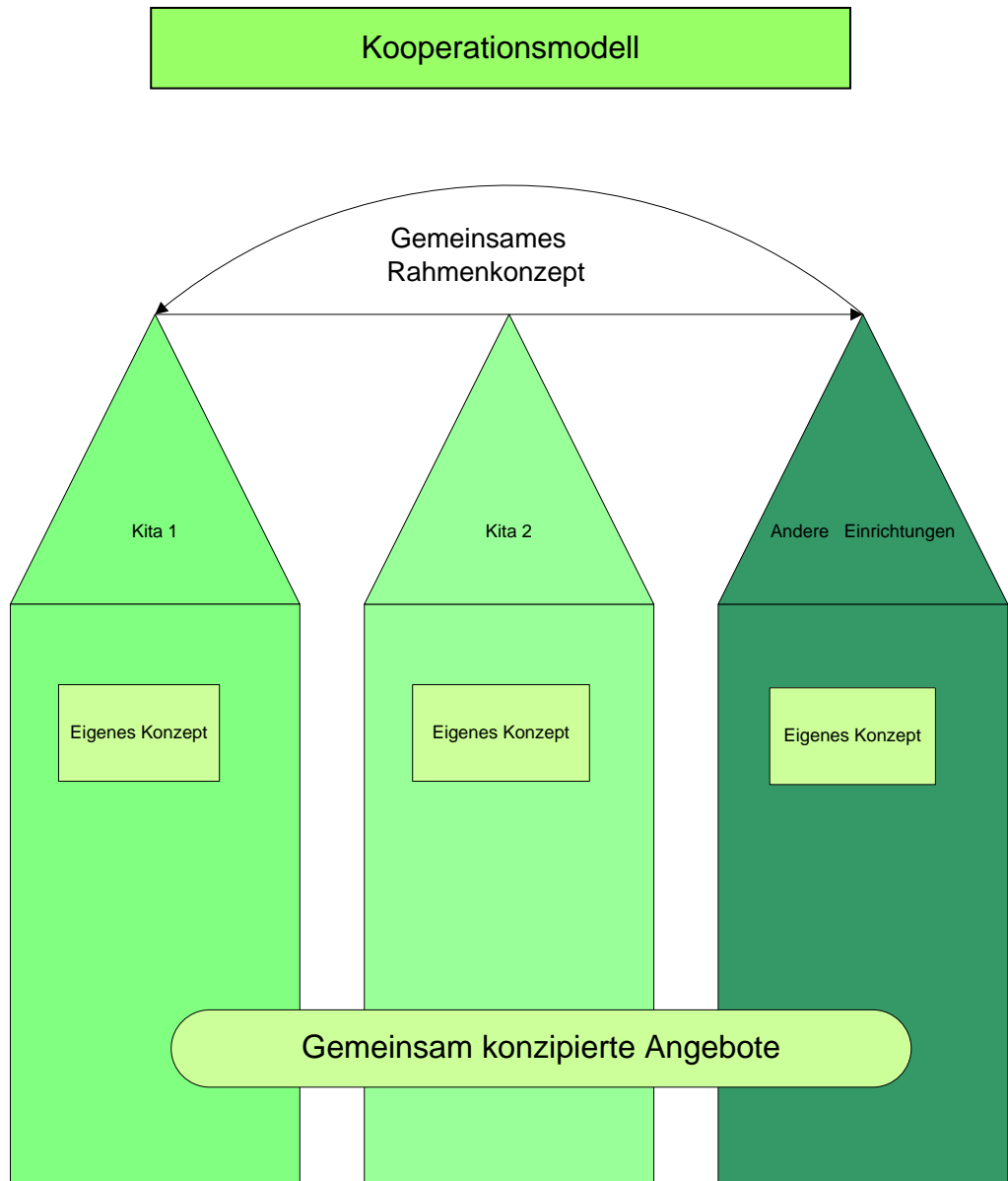


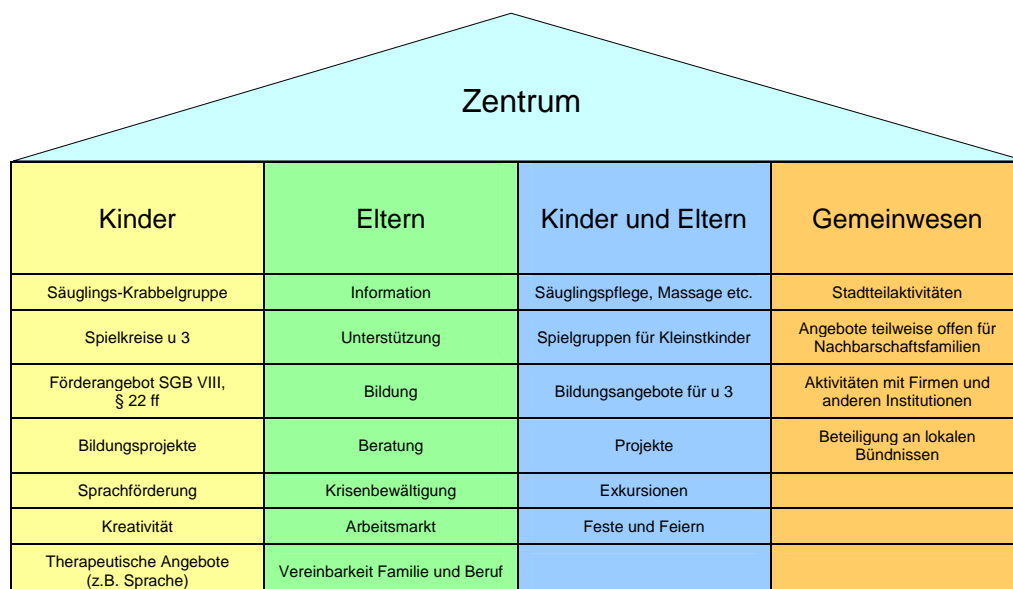
Schaubild 2

Zentrumsmodell

Die Einrichtungen, die sich aus den Familienbildungseinrichtungen/Mütterzentren entwickelt haben und die zu einem späteren Zeitpunkt die Angebotsäule Kita integriert haben, entsprechen am ehesten der Zentrumsidee, da sie das vorhandene Raumangebot haben, um eine große Anzahl unterschiedlicher Angebote „unter einem Dach“ anbieten können. Die besonderen Stärken dieses Organisationstypus liegen darin, dass sie eine vertikale und horizontale Integration von Angeboten ermöglichen. Eltern und Kinder können über mehrere Lebensphasen begleitet werden und für unterschiedliche Bedarfe Angebote in der Einrichtung vorfinden. Damit ist auch eine im Kleinstkindalter beginnende präventive Arbeit möglich und die Entwicklung von Bildungsangeboten für die unter dreijährigen Kinder.

Beispiele dafür sind das IRIS-Regenbogen-Zentrum in Halle, das Mehrgenerationenhaus in Pattensen und in Salzgitter. Wie die Erfahrung beispielsweise des Regenbogenzentrums IRIS in Halle gezeigt hat, entstehen gerade aus der „Durchwebung“ der verschiedenen Angebote im Haus – etwa Schwangerenberatung und Kindertageseinrichtung – neue Ideen und qualitative Weiterentwicklungen (so z.B. Belegplätze für minderjährige Schwangere).

Aus der Basiseinrichtung „Kita“ hat sich dieser Organisationstypus in den westlichen Bundesländern – bis auf wenige Ausnahmen – nicht entwickelt. Die Gründe liegen in den Entwicklungsgeschichten und auch in den schon erwähnten Raumproblemen.



Die aufgezählten Schwerpunkte werden in unterschiedlichen Varianten verknüpft.

Schaubild 3

3 Förderung von Kindern

Eltern-Kind-Zentren haben die Familie als System und die unterschiedlichen Bedarfe der einzelnen Familienmitglieder im Blick. In der Balance von generationspezifischen und generationsübergreifenden Angeboten liegt das spezifische Profil der Zentren; die Generationendifferenzierung ist ein wichtiger konzeptioneller Baustein, mit dem altersspezifisch unterschiedliche Bedarfe berücksichtigt werden.

Die Förderung der Kinder

Die Förderung der Kinder ist Dreh- und Angelpunkt in der Gestaltung der fachlichen Arbeit. Die Altersgruppe umfasst mindestens die Drei- bis Sechsjährigen. Je nach Einrichtungstyp werden Kinder unter drei Jahren und Schulkinder, zum Teil bis zu 16 Jahren in den Zentren gefördert.

Alle Einrichtungen haben das Regelangebot „Tageseinrichtungen für Kinder“ auf der Grundlage SGB VIII § 22-24 integriert, so dass die Bildung, Betreuung und Erziehung der drei- bis sechsjährigen Kinder ein verbindendes konzeptionelles Angebot ist. Die Umsetzung des Konzeptes orientiert sich an den sozialräumlichen Bedingungen und an den spezifischen Lebenslagen der Familien und Kinder des Einzugsgebietes. Auch die ideelle Leitorientierung des Trägers beeinflusst die Umsetzung des Konzeptes. Somit entstehen in der Praxis unterschiedliche Profile und Akzentsetzungen, die hier im Detail nicht beschrieben werden können.

Das Angebot zur Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder auf der Grundlage des KJHG ist umfangreich, differenziert und fachwissenschaftlich fundiert. Die Bildungsförderung der Kinder, die in der Ausbauphase der 90er Jahre in den Hintergrund rückte, ist seit der Diskussion über die PISA-Studie eine der zentralen Aufgaben. Alle Bundesländer haben Bildungspläne bzw. Bildungsempfehlungen entwickelt, die in den Einrichtungen konzeptionell umgesetzt werden sollen. Diese Prioritätensetzung hat für die pädagogische Arbeit zu einem Paradigmenwechsel geführt, die individuelle Förderung der Kinder ist in den Vordergrund gerückt. In Folge sind systematische Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren erforderlich, um die individuelle Entwicklung des Kindes, die die Voraussetzung für eine individuelle Förderung sind, feststellen und steuern können. Die Dokumentationen sind auch die Grundlage für die Gespräche mit den Eltern über die Entwicklungsfortschritte der Kinder.

Die Sprachförderung in den Einrichtungen hat dabei einen besonderen Stellenwert. Ausgelöst durch die schlechten Ergebnisse – sowohl bei Kindern mit

Migrationshintergrund als auch bei einheimischen Kindern – bei den durchgeführten Sprachstandserhebungen werden in vielen Einrichtungen spezifische Angebote gemacht. Insbesondere wenn die Erzieherinnen Defizite in der Sprachkompetenz feststellen, ist ein differenziertes Angebot nötig und spezielle Förderprogramme, die häufig auch unter Hinzuziehung weiterer Fachleute umgesetzt werden.

Die Förderung der Migrantenkinder, die im Vergleich zu den einheimischen Kindern deutlich schlechtere Bildungskarrieren haben, ist ebenfalls ein zentrales Thema. In Einrichtungen mit unterschiedlichen Nationalitäten werden interkulturelle Angebote gemacht, die das Verständnis und die Akzeptanz der Nationen untereinander fördern sollen. Darüber hinaus werden spezifische Sprachförderangebote durchgeführt. Ein generationenübergreifendes Angebot, das die Sprachförderung für die Kinder und Eltern konzeptionell verknüpft, hat sich als ein erfolgreiches, richtungsweisendes Praxiskonzept bewährt.

Im Sprachförderprogramm „Rucksack“ werden die Angebote für Kinder mit denen der Eltern verknüpft. Es werden Sprachförderangebote in Kleingruppen für Kinder durchgeführt, parallel dazu werden die Mütter der Kinder begleitet und unterstützt. Sie arbeiten mit denselben Materialien, mit denen die Kinder arbeiten (siehe auch Angebote für Eltern).

Darüber hinaus sind folgende Themenschwerpunkte vorrangig:

- Bewegungsförderung
- Spezifische Bildungsprojekte
- Gesunde Ernährung
- Interkulturelle Aktivitäten
- Kreative Angebote

Diese Angebote sind keine „Sonderthemen“ der Eltern-Kind-Zentren, sondern typische Themenfelder der Kindertageseinrichtungen, die methodisch durch einen Mix von Projekten, Freispiel, Exkursionen umgesetzt werden. Der Zuschnitt und die didaktische Umsetzung, orientiert an den Bedarfen der Kinder in der jeweiligen Einrichtung, macht das Besondere daraus. Beispielsweise kann die Mahlzeitengestaltung einen hohen Stellenwert bekommen, wenn Erzieherinnen erleben, dass Kinder regelmäßig ohne Frühstück in die Einrichtung kommen. Ein niedrigschwelliges Eltern-Kind-Angebot wird daraus, wenn Eltern und Kinder das Frühstück in der Einrichtung gemeinsam zubereiten und Eltern sich darüber hinaus mit der Qualitätsfrage von Nahrungsmitteln beschäftigen.

Die präventive Funktion der Kita's wird erheblich intensiviert durch die Nutzung eines Frühwarnsystems. Auch hier sind Beobachtung und Dokumentation der Entwicklungsprozesse der Kinder die Grundlage. (Einige Einrichtungen haben ein Frühwarnsystem eingerichtet). Durch systematische und dokumentierte Beobachtungen können frühzeitig Probleme erkannt und entsprechende Interventionen eingeleitet werden. Diese zusätzlichen Förder- und Unterstützungsangebote, durchgeführt mit externem Fachpersonal, werden in den Einrichtungen angeboten und sind Teil einer integrierten Angebotspalette. Kinder und Eltern brauchen so keine zusätzlichen Wege und fremde Institutionen aufzusuchen. Das Zentrum „Der blaue Elefant“ in Essen ermöglicht folgende Angebote:

- Kooperation mit Ergo- und Sprachtherapeuten. Die Anwendung des Frühwarnsystems, das eine frühzeitige Feststellung von Problemen ermöglicht, führt dazu, rechtzeitig entsprechende Fördermaßnahmen auf den Weg zu bringen. Die zusätzlichen Fachkräfte kommen in die Einrichtung und rechnen ihre Fachstunden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben selber ab.
- Gesprächskreise für Kinder ab dem Grundschulalter, deren Eltern in Scheidung leben. Sowohl in Einzelberatung als auch in einer Trennungs- und Scheidungskindergruppe können Kinder und Jugendliche ihre Sorgen und Nöte besprechen und sich auf die neue Lebenssituation vorbereiten.
- Projekt für Schulkinder „Lernen wie man lernt“. Dieses Projekt, das in Essen seit dem Jahre 2000 erfolgreich durchgeführt wird, ist ein teiloffenes Angebot für benachteiligte Kinder und Jugendliche im Alter zwischen sechs und 18 Jahren. Der konzeptionelle Schwerpunkt liegt in der Lern- und Bildungsförderung in Einzel- und Kleingruppenförderung. Ein wichtiger Baustein ist die Verknüpfung mit Angeboten zur Bewegungsförderung und künstlerischen-kreativen Angeboten (siehe auch Kapitel II 5.1).

Die Einrichtungen, die aus Familienbildungs-/Mütterzentren entstanden sind, haben für die Altersstufe der 0 bis unter Dreijährigen (und deren Mütter) eine wesentlich breitere Angebotspalette, die zum Kernangebot der Familienbildungsarbeit zählt. Sie bieten umfangreiche Angebote zur Förderung von Säuglingen, Kleinstkindern an z.B. Pekip-Gruppen, Krabbelgruppen, Mütter-Kind-Gruppe etc.; die spezifische Förderung der bis sechsjährigen Kinder kann somit bruchlos anknüpfen, Eltern und Kinder brauchen die Einrichtung nicht zu wechseln. Offene Angebote, Spielkreise, Mütter-Kind-Gruppen (siehe auch Angebote für Eltern).

Das Kess Familienzentrum in Nienhagen hat das Konzept der „Kwärdenkerclubs“ entwickelt. Die Angebote sind altersspezifisch von 0 bis 12 Jahren gestaffelt und bauen aufeinander auf. Im „Kwärdenkerclub für Klitzekleine“, d.h. Babys im ersten Lebensjahr stehen Entspannung, Babymassage und Sinnesförderung im Vordergrund, für Ein- bis Dreijährige die Spiel- und Frühstückswerkstatt, für die älteren Jahrgänge stehen Sprachlernangebote, Musik, Tanz und Exkursionen im Vordergrund. Bei den Kleinstkindern sind die Eltern miteinbezogen. Die Angebote für die Drei- bis Sechsjährigen werden in Kooperation mit der Kita durchgeführt und ergänzen das Angebot der Kindertageeinrichtung.

4 Förderung, Unterstützung und Beteiligung von Eltern

Eltern stehen vor der Herausforderung, Familienleben und Berufstätigkeit zu vereinbaren, zugleich sehen sie sich hohen Anforderungen bei der Erziehung ihrer Kinder ausgesetzt.

Die erzieherische Sicherheit früherer Elterngenerationen ist vorbei, die Pluralität unterschiedlichster Wertorientierungen und Lebensmodelle führt zu Irritationen. Der Boom bei Elterntrainingskursen und auch die hohen Einschaltquoten pädagogisch vereinfachender und fragwürdiger Erziehungsratgeber wie „Supernanny“ sind Ausdruck pädagogischer Unsicherheiten.

Eltern-Kind-Zentren wollen Eltern entlasten und unterstützen, andererseits besteht das Anliegen, Eltern aktiv in die Bildungsprozesse der Kinder einzubeziehen und ihr förderliches Aufwachsen als ein gemeinsames Anliegen von Institution und Familien zu verstehen und zu gestalten. In diesem Spannungsfeld sind die Angebote verortet.

Eltern nicht nur als Erzieher, sondern auch als Erwachsene mit spezifischen Bedarfen wahrzunehmen, ist die weitergehende Rahmung der Zentren. Denn Erziehungs- und Bildungspotenziale der Eltern sind erheblich von ihren beruflichen Anforderungen als auch von ihren privaten Lebenslagen beeinflusst. Darüber hinaus haben die Eltern aber auch – jenseits von ihrer Elternrolle – Kontaktwünsche und Bildungsbedarfe, die in den Zentren entdeckt, genutzt und weiterentwickelt werden können. Aus diesem Grundverständnis heraus Angebote zu entwickeln ist Chance und Herausforderung zugleich.

4.1 Sozialraum- und zielgruppenspezifische Differenzierungen

Alle Eltern, unabhängig von Bildungsstatus, Beruf, Einkommen und Ethnie frequentieren die Einrichtungen, spätestens nachdem ihre Kinder die Kita besuchen. Im Kontext der Zusammenarbeit zwischen Kita und Eltern ergeben sich vielfältige Kontakte. Die Gestaltung der Zusammenarbeit mit den Eltern der Kita-Kinder ist eine besondere Herausforderung für die Mitarbeiterinnen. Ihr Auftrag ist es, für eine sehr ausdifferenzierte Gruppe der Eltern adäquate, bedarfsorientierte Angebote zu entwickeln. Bekanntermaßen haben Lebenslagen und Bedarfe der Eltern eine erhebliche Spannweite, das Spektrum reicht von unterprivilegierten und verarmten oder von Armut betroffenen Eltern mit besonderem Unterstützungsbedarf bis hin zu Eltern mit hoher beruflicher Mobilität, „individualisierter Elternschaft“ und hohem Sozialstatus. Die Gesamtgruppe der Eltern ist je nach Einzugesgebiet unterschiedlich, die Elterngruppe der jeweiligen Einrichtung kann eher homogene oder auch inhomogene Merkmale haben.

Auf der Grundlage der Praxisbeispiele wird zwischen drei Kategorien unterschieden, die eine vorläufige Differenzierung ermöglichen.

(a) Einrichtungen in Sozialraum „mit besonderem Erneuerungsbedarf“, Dieser Einrichtungstypus arbeitet mit einer homogenen Gruppe von Familien, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Die Familien leben in relativer Armut, oder sind von Armut bedroht, haben zum Teil einen Migrationshintergrund, der Anteil der Kinder ist überproportional hoch. Die Gesprächspartnerinnen berichteten, dass diese Gruppe der Eltern häufig arbeitslos ist, existenzielle Misserfolge zu verarbeiten hat, das Wohnumfeld selten verlässt und nicht gewohnt ist, sich in fremden Kontexten zu organisieren und zu präsentieren. Diesen Eltern gelingt der Zugang zu Institution nur über niedrighschwellige Angebote und über ihre Kinder. Offensichtlich sind die Kinder für die Eltern die Brücke zur Einrichtung. Im Umgang mit dieser Zielgruppe ist eine akzeptierende und wertschätzende Grundhaltung das entscheidende Schlüsselkriterium. In fachlichen Kontexten wird „Wertschätzung“ gleichermaßen gefordert wie vorausgesetzt. Diese ist leicht zu fordern, aber schwierig umzusetzen, wenn Eltern nicht den verinnerlichten Normen und Werten der Erzieherinnen entsprechen und sich im Habitus, Kleidung und Auftreten deutlich von ihnen unterscheiden. Um diese Diskrepanzen ausbalancieren zu können ist eine reflektierte, professionelle Selbststeuerung erforderlich.

Eine Leiterin erläuterte im Interview folgende Wechselwirkungen: Bei den Mitarbeiterinnen sei eine wertschätzende Grundhaltung, auch gegenüber Schwierigem und Befremdendem eine zentrale Voraussetzung. Die Eltern brauchen das Gefühl, wertgeschätzt zu werden, nur so können sie Vertrauen in die Mitarbeiterinnen – und die fachliche Arbeit – der Einrichtung entwickeln. Dazu zähle auch, dass sie jederzeit, ohne Anmeldung in die Einrichtung kommen können und an den Aktivitäten der Kinder teilnehmen oder sich mit anderen Eltern in der „Kontakthecke“ vor dem Gruppenraum treffen können. Nur über eine wertschätzende Beziehung könne erlebbar gemacht werden, dass die professionellen Erzieherinnen keine „Besserwisser“ oder „Gegner“ sind. Diese Grundhaltung sei die Voraussetzung dafür, die Eltern in die Entwicklungs- und Bildungsprozesse der Kinder einzubeziehen und sie für zusätzliche Elternveranstaltungen zu motivieren. Hierfür sei aber die persönliche Ansprache der Erzieherin nötig, eine ausschließlich schriftliche Information reiche nicht aus. Die Qualität der Beziehung sei wichtiger als die Qualität des Programms. Thema oder bekannter Referent seien nicht unwichtig, aber letztlich nachrangig.

Veranstaltungen mit mehreren Treffen starten häufig erst mit drei oder vier Teilnehmer/innen, wenn die Eltern sich angesprochen fühlen, erhöhe sich die Teilnehmerzahl durch die Mund-zu-Mund-Propaganda. Bei der Konzeption der Veranstaltungen sind zu beachten: Orientierung am Alltagshandeln, Wertschätzung und das Anknüpfen an den vorhandenen Ressourcen. Die Eltern wollen nicht mit Defiziten konfrontiert werden und mit einem Misserfolgserlebnis aus der Veranstaltung gehen. Bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit finden die Veranstaltungen zum Teil auch parallel zu der pädagogischen Arbeit der Kinder statt, oder werden miteinander, z.B. bei Themen „rund ums Essen“ verknüpft. Die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf ist in diesen Einrichtungen kein vorrangiges Thema. Eine integrierte Angebotspalette, die unter einem Dach angeboten wird, ist besonders für diese Eltern wichtig, da der Weg in eine andere, für sie fremde Institution psychischen Stress auslöst, den sie vermeiden wollen.

(b) Einrichtungen in einem „gemischten“ Sozialraum, in dem Familien in prekären Lebenslagen und Familien mit „normalen“ Lebenslagen wohnen. Damit ist gemeint, die Familien können ihr Leben aus eigener Kraft gestalten, sie sind keine Klienten des ASD, sie verfügen über ein berufliches Einkommen. Auch die Gruppe der Eltern mit „normalen“ Lebenslagen erwartet eine positive und wertschätzende Haltung, sie will als Erziehungspartner gesehen werden und nicht „als Objekt pädagogischer Belehrung“. Sie gestaltet ihre Beziehungen zu den Mitarbei-

ter/innen der Einrichtungen anders. Sie stellt große Anforderungen an das pädagogische Konzept, setzt sich kritisch mit den Mitarbeiterinnen darüber auseinander und nimmt ihre gesetzlich verbrieften Mitbestimmungsrechte wahr und will – teilweise – Einfluss auf das pädagogische Konzept nehmen. Berichtet wurde, dass die Vermittlung und Begründung des pädagogischen Konzeptes die zentrale Basis für die Zusammenarbeit mit den Eltern ist, und es häufiger Auseinandersetzungen über die Gestaltung des pädagogischen Angebotes gibt. Dieser Gruppe der Eltern nutzt die Einrichtung auch als eigenen Bildungsort, diese organisieren beispielsweise Sprachkurse oder auch andere Angebote. Darüber hinaus haben die Eltern häufig, unterstützt durch die Angebote der Kita, ein breites nachbarschaftliches Netzwerk aufgebaut, das auch nach dem Besuch der Kita bestehen bleibt.

Bei den Themen, die diese Gruppe der Eltern bevorzugt, gibt es keine eindeutigen Präferenzen. Entscheidend ist, dass die Eltern die Auswahl der Themen mitbestimmen können. Ein aktuelles Thema, das grundsätzlicher und nicht nur praxisorientiert ist, findet genau so Interesse wie andere Themen.

Verkürzt kann man zusammenfassen, im Unterschied zur der oben genannten Elterngruppe, haben diese Eltern einen hohen Grad von Eigenständigkeit, Selbstorganisation und legen Wert auf die Ausübung ihrer Mitbestimmungsrechte.

In Einrichtungen mit gemischten Elterngruppen ist es eine Herausforderung für die Erzieherinnen, die unterschiedlichen Gruppen in der Einrichtung zu aktivieren und die statusbedingten Abgrenzungen zu überwinden. Im Interview interessierten die Fragen, ob die Eltern „koexistieren“, d.h. nebeneinander ihren Platz in der Einrichtung haben, ob eine Gruppe die andere verdrängt oder ob eine Integration möglich ist. Dafür gibt es offensichtlich kein „Erfolgsrezept“. Aus der Sicht der Mitarbeiterinnen ist es ein Erfolg, wenn die verschiedenen Elterngruppen an den gleichen Angeboten teilnehmen und nicht eine Gruppe die andere verdrängt. Am ehesten gelingt es bei Festen und Aktivitäten, bei denen die Kinder im Mittelpunkt stehen und „ihre Produkte“ und Kenntnisse präsentieren. Kinder sind das zentrale, verbindende Element, um „Klassenunterschiede“ zu überwinden. Auch auf Gruppenelternabenden, auf denen ganz praktische Anliegen der Gruppe besprochen werden, nehmen unterschiedliche Elterngruppen teil. Eine professionelle, wertschätzende Haltung der Erzieherinnen allen Eltern gegenüber ist auch hierbei ein entscheidender Faktor.

Einrichtungen in einem „gut situierten“ Sozialraum für Eltern mit hoher beruflicher Mobilität und hohem Bildungsstatus.

Eltern, mit hoher beruflicher Mobilität, hohem Bildungsstatus und individualisierter Elternschaft sind selten die Hauptzielgruppe, häufiger bilden sie einen kleinen Teil der Elternschaft. Diese Gruppe hat ähnliche Ansprüche an das pädagogische Angebot und an die Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte.

Auch diese Gruppe ist interessiert an einer erweiterten Angebotsstruktur eines Eltern-Kind-Zentrums, das aber zugeschnitten ist auf ihre spezifischen zeitlichen Bedarfe. Auch diese Eltern legen Wert auf eine optimale Bildungsförderung ihrer Kinder, die sie durch Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte auch mitgestalten wollen. Einen herausragenden Stellenwert haben bedarfsgerechte Öffnungszeiten, um die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit möglich zu machen.

Eltern erwarten und fordern, dass die Einrichtung angedockte Angebote zur Verfügung stellt, wie z.B. die Vermittlung von Tagespflege. Einrichtungen, die rigide auf ihre Öffnungszeiten bestehen, sinken in der Wertschätzung der Eltern. Eine Leiterin berichtet, dass die Unzufriedenheit der Eltern mit den Öffnungszeiten leicht „überschwappe“ auf die Bewertung des pädagogischen Angebotes.

Die Beteiligung der Eltern an anderen Angeboten ist sehr unterschiedlich und ist abhängig von ihren aktuellen beruflichen Verpflichtungen. Bei einer intensiven beruflichen Beanspruchung beider Elternteile sinke die Möglichkeit an Angeboten teilzunehmen, aus der Sicht einiger Gesprächspartnerinnen habe sich diese Situation in der letzten Zeit verschärft. Einige Einrichtungen sind dazu übergegangen, Angebote auf das Wochenende zu legen, um den Eltern eine Beteiligung zu ermöglichen, oder auch Elterngespräche in die späteren Abendstunden zu verlegen. Diese veränderten Zeitstrukturen werden von den Eltern in der Regel sehr wertgeschätzt. Die Annahme, dass Eltern mit hohem Bildungsstatus mehr an theoretisch fundierten Bildungsveranstaltungen interessiert seien, hat sich in der Recherche nicht bestätigt. Auch diese Elterngruppe bevorzugt praxisbezogene Angebote, z.B. Training in Konfliktsituationen, berichten die Gesprächspartnerinnen. Bei Problemen in der Entwicklung der Kinder seien individualisierte, datengeschützte Angebote erforderlich. Sprechstunden der Erziehungsberatung in der Einrichtung beispielsweise würden abgelehnt und nicht in Anspruch genommen. Grundsätzlich lässt sich diese Gruppe der Eltern eher vermitteln in andere Institutionen, da die Eltern gewohnt sind, sich in fremden Kontexten zu präsentieren.

Berichtet wurde auch, dass diese Gruppe der Eltern seltener über familiär bedingte Problemlagen mit der Erzieherin spricht. Folgende Begründungen wurden genannt: Die Gruppe der Eltern grenzen ihre Problemlagen gegenüber der Ein-

richtung grundsätzlich ab, da sie das als Eingriff in ihre familiäre Intimsphäre empfinden und andere Bewältigungs- und Unterstützungsstrategien haben. Auch das Alters- und Bildungsgefälle zwischen jungen Erziehrinnen mit geringem Ausbildungsstatus und akademisch ausgebildeten Eltern ist eine Hürde. Es fehle die fachliche Akzeptanz gegenüber der schlechter ausgebildeten Erzieherin; diese wird als Pädagogin für die Kinder akzeptiert, aber nicht als Beraterin der Eltern.

4.2 Angebotssegmente

Die folgenden Beispiele vermitteln einen Einblick in das Angebotsspektrum für Eltern, nicht alle Angebote werden in jeder Einrichtung durchgeführt, da die Bedarfe der Eltern unterschiedlich sind.

➤ Austausch/Begegnung

Die Wünsche der Eltern nach gegenseitigem Kontakt und Austausch wurden in allen recherchierten Einrichtungen bestätigt. Dabei handelt es sich um eine unterschiedlich große und auch wechselnde Gruppe von Eltern, abhängig von ihren spezifischen Lebenslagen. Die Motive der Eltern sind unterschiedlich, sie reichen von dem Wunsch eine bestehende häusliche Isolation zu überwinden oder bei einem Wohnortwechsel Kontakte knüpfen zu können, bis hin zu dem Anliegen, ganz konkrete Unterstützungen und Hinweise für das Verhalten mit den Kindern zu bekommen und sich mit anderen Eltern austauschen zu können.

Alle recherchierten Einrichtungen greifen diese Bedarfe auf. Sie tun dies auf vielfältige Weise, abhängig vom Einzugsgebiet, dem Raumangebot und auch abhängig vom Selbstverständnis der Einrichtung. Mit regelmäßigen Elterncafés, Mütterfrühstück oder Elterntreffs werden gezielt Kontakte zwischen den Familien gefördert, bzw. Gelegenheitsstrukturen geschaffen. Die Mehrzahl der Familienbildungszentren/Mütterzentren hat einen offenen Treffpunkt. In den Kita's haben Bring- und Abholszenen häufig die Funktion eines offenen Treffpunktes, bei dem Eltern untereinander und auch Eltern und Erzieherinnen miteinander ins Gespräch kommen. Da Kita's in der Regel kein eigenes Raumangebot dafür haben, nutzen sie großzügig gebaute Flure für die Einrichtung eines Elterntreffpunktes, die insbesondere beim Bringen und Abholen der Kinder intensiv genutzt werden.

Die Beteiligung der Fachkräfte an diesen Treffs ist unterschiedlich. Manche Einrichtungen haben auch als explizites Ziel, die Selbsthilfe und Ressourcen der Familien zu mobilisieren und zu stärken, sie werden nur aktiv, wenn sie von den Eltern bewusst angesprochen werden. Andere, insbesondere die Kita's nutzen die

Angebote bewusst dazu, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen, Themen zu erfahren, die Eltern bewegen, die sie dann in anderer Form aufgreifen können. In dieser Variante wird der offene Treffpunkt zu einem niedrighschwelligem Angebot, in dem Eltern ihre Bedarfe und Anliegen thematisieren. In einer Einrichtung hat sich daraus das Modul der „Vermittlungsberatung“ entwickelt (siehe Kasten).

Mit dem Modul „Vermittlungsberatung“ werden in Nürnberg niedrighschwellige Beratungsangebote initiiert. Eltern mit Migrationshintergrund nehmen in der Regel die Beratungsangebote deutscher Institutionen kaum in Anspruch. Die Erzieherinnen erleben aber beim Bringen und Abholen der Kinder einen erheblichen Problemdruck und ein großes Bedürfnis der Eltern, mit der vertrauten Erzieherin über ihre Probleme zu sprechen. Die Erzieherinnen greifen diese Fragen auf und erklären den Eltern, warum es gegebenenfalls zusätzliche Fachleute für die Klärung dieser Probleme bedarf. Diese werden in die Einrichtung geholt und beantworten die Fragen der Eltern. Mittlerweile gibt es in der Einrichtung z.B. regelmäßige Sprechstunden der Erziehungsberatung, im 14-tägigen oder monatlichen Abstand. Im Einzelfall begleiten die Mitarbeiterinnen auch die Eltern in eine externe Institution, wie z.B. die Ausländerbehörde.

In einigen Einrichtungen wird beispielsweise den Eltern ein Raum zur Verfügung gestellt, den diese als Treffpunkt für die Eltern, aber auch für die Nachbarschaft nutzen. Für die organisatorische Vorbereitung ist jeden Tag eine andere Erzieherin verantwortlich: Sie schaut im Elternzimmer vorbei, unterhält sich mit den Eltern und erfährt unmittelbar, „wo der Schub drückt“. In Hoyerswerda hat sich aus einem Familiencafé ein breites Spektrum an Angeboten entwickelt, die von den Eltern selbst organisiert und durchgeführt werden, wobei sie ihre unterschiedlichsten Kompetenzen einbringen: So umfassen die Angebote Fitnesskurse, ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung, Babymassage, ein offenes Frauenfrühstück, einen Alleinerziehenden-Treff, eine Selbsthilfegruppe für Eltern hyperaktiver Kinder, Fußballturniere sowie Informationsabende, zu denen beispielsweise Vertreter des Sozialamtes, der Krankenkasse oder des Arbeitsamtes eingeladen werden.

In Halle ist aus einer im Regenbogenzentrum IRIS angesiedelten Krabbelgruppe eine Elterninitiative hervorgegangen, die heute Träger mehrerer Kindertageseinrichtungen ist.

➤ Beratung

Der Beratungsbedarf junger Familien reicht von alltagspraktischer Beratung bis hin zu intensivem Beratungsbedarf bei Erziehungsfragen, Ehe- und Familienproblemen, Schwangerschaftskonflikten oder Fragen der Gesundheitsprävention. Bei den Beratungsangeboten ist zwischen präventiver Beratung und lösungsorientier-

ter Beratung zu unterscheiden. Aufgrund veränderter Lebenslagen, beispielsweise durch die Geburt eines Kindes, wird Beratung angeboten, um Problemlagen zu verhindern, bei bereits entstandenen Problemen wird Beratung gebraucht, um Probleme zu lösen. Beide Ansätze erfordern ein spezifisches fachliches Setting, die präventive Beratung hat oft fließende Übergänge zur Elternbildung, eine problem- und fallorientierte Beratung erfordert eine entsprechende Ausbildung. Die Professionalität der Beraterinnen ist für die meisten Ratsuchenden eine wichtige Voraussetzung. Deswegen werden Erzieherinnen, die keine Ausbildung als Beraterin haben, insbesondere von Eltern mit hohem Bildungsstatus häufig nicht als Beraterinnen akzeptiert.

Je nach Organisationsmodell können Beratungsbedarfe unterschiedlich aufgegriffen werden. Die Einrichtungen im Spektrum der Familienbildung verfügen über ausgebildete Beraterinnen. Mit ausgebildetem Fachpersonal können sie die unterschiedlichen Beratungsbedarfe professionell abdecken. Einrichtungen auf der Grundlage der Kita verstehen ihre Aufgabe häufig darin, Brücken zu den entsprechenden Fachdiensten zu bauen und Erstkontakte zu ermöglichen, um Schwellenängste zu senken. Solche „Brücken“ sind z.B. Informationsabende, bei denen Mitarbeiter/innen von Beratungsstellen, Ämtern usw. ihr Angebot vorstellen. Eine andere Variante ist, Beratungsdienste in die Einrichtung zu holen, beispielsweise Erziehungsberatungsstellen.

In Nürnberg kommen Fachkräfte der Erziehungsberatungsstelle in die Kindertageseinrichtung und halten dort regelmäßige Sprechstunden ab (z.B. 14-tägig oder monatlich).

In Hitzkofen nehmen Mitarbeiter/innen der Erziehungsberatung sowie der Ehe- und Familienberatung regelmäßig an Elternstammtischen teil, um Berührungsängste abzubauen und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

➤ **Elternbildung/Elternkurse**

Das Spektrum der Angebote ist einrichtungsspezifisch unterschiedlich und reicht von Vorträgen über Thementage und themenspezifische Gesprächskreise bis hin zu Kursangeboten (PeKiP, Babymassage, Mutter-Kind-Gruppen, Hobbykurse usw.). Die Angebote „rund um die Geburt und das erste Lebensjahr“ werden in den Einrichtungen, die sich im Kontext der Familienbildung und Mütterzentren entwickelt haben, angeboten. Die Mitarbeiter/innen der Kindertageseinrichtung bieten Themen an, die sich auf die Altersgruppe der Kita's bezieht, teilweise auch von externen Fachkräften geleitet werden, beispielsweise Themen über die Ent-

wicklungspsychologie einer Altersgruppe, Konflikte mit Kindern, Geschwisterivalitäten, Medienerziehung. (Solche Referent/innen werden häufig, so weit dies recherchiert wurde, von Familienbildungsstätten und Bildungswerken vermittelt, die in verschiedenen Fällen diese Veranstaltungen auch bezuschussen. Eine Zusammenarbeit mit Familienbildungsstätten und eine systematische Verknüpfung der Angebote ergeben sich am ehesten dort, wo ein gemeinsamer Träger vorhanden ist. Teilweise werden auch ganz andere Themen, jenseits der klassischen Elternthemen angeboten, wie z.B. Wellness, Gesundheit, Garten.

Das Interesse an diesen Themen ist abhängig von der aktuellen Lebenssituation der Eltern. Kurz nach der Geburt des Kindes stehen andere Themen im Vordergrund als im Kindergartenalter. Teilweise docken an die Einrichtungen auch spezifische Förderprogramme oder Multiplikatorenprogramme an.

In einer Einrichtung des Kinderschutzbundes in einem sozialen Brennpunkt in Essen werden bewusst viele Aktivitäten im Freizeitbereich für die ganze Familie angeboten, wie z.B. Spiele- und Bastelnachmittage oder auch Familienfreizeiten. Bei Familienwochenenden ist eine Ernährungsberaterin eingebunden, und das gemeinsame Kochen steht im Mittelpunkt.

➤ **Sprachkurse, integrations- und arbeitsmarktorientierte Angebote**

Einrichtungen in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil machen verschiedene Angebote, um die nicht-deutschen Eltern in die Arbeit einzubeziehen und zu unterstützen. Ein häufig praktiziertes Angebot sind z.B. Deutschkurse, Kochkurse, Gesprächskreise. Konzeptioneller Baustein ist die Schulung von Müttern aus der jeweiligen Nationalitätengruppe, die dann für die entsprechenden Kurse eingesetzt werden. Sowohl in Monheim, Projekt MO.KI, als auch in Ludwigsburg wurde dieses Konzept mit Erfolg praktiziert. Die Leiterin aus der eigenen Community wird eher akzeptiert und senkt die Schwelle, an den Angeboten teilzunehmen.

In Monheim werden in Kindertageseinrichtungen im Rahmen von „Rucksack“ – einem Elternbildungs- und Sprachförderprogramm – Mütter mit Migrationshintergrund geschult, anderen Müttern zu zeigen, wie sie die Sprachentwicklung ihrer Kinder fördern können. Die Erzieher/innen stützen sich in den Einrichtungen bei der Arbeit mit den Kindern auf dasselbe Programm.

Die Stadt Ludwigsburg hat in einer Kindertageseinrichtung ein niedrigschwelliges Elternbildungsangebot für türkische Mütter erfolgreich durchgeführt. Das Angebot umfasste einen Umfang von wöchentlich zwei Stunden und fand – außer in den Ferienzeiten – wöchentlich statt. Teilgenommen haben regelmäßig acht türkische Frauen, deren Kinder die Kindertageseinrichtung besuchen. In den Kurszeiten wurden aktuelle Erziehungsfragen besprochen sowie auch das Rahmenprogramm der Kindertageseinrichtung erörtert. Die Gruppe wurde geleitet von einer muttersprachlichen Laienkraft, die zusätzlich qualifiziert wurde und regelmäßige Supervision erhielt. Die Evaluation belegte, dass die Frauen einen erheblichen Zugewinn an Informationen erhielten, ein tragfähiges informelles Netzwerk aufbauten und erstmals die Gelegenheit hatten, ihr traditionell erworbenes Erziehungsverhalten in einem geschützten Rahmen zu hinterfragen.

Seltener finden sich bisher Weiterbildungsangebote, mit denen sich Eltern direkt für den Arbeitsmarkt qualifizieren können, wie Computerkurse, Berufsorientierungskurse oder Bewerbungstrainings. Manche Einrichtungen versuchen, den Eltern bzw. Müttern Berufsperspektiven zu eröffnen, indem sie Tagesmütter ausbilden, in einem Fall auch Familienhelfer/innen, oder – wie im Fall der Mütterzentren – Honorartätigkeiten in der Einrichtung selbst ermöglichen. Auch hier ist aber davon auszugehen, dass die Möglichkeiten weit über die bisher vorfindbaren Ansätze hinausgehen. Eine direkte Vermittlung in den Arbeitsmarkt ist zwar ein Ziel vieler Einrichtungen, wird aber bisher – nach dem jetzigen Sachstand – kaum praktiziert. So beginnt z.B. in München eine Zusammenarbeit mit einer Beratungsstelle der Stadt, die junge arbeitslose Erwachsene berät.

In Frankfurt a.d.O. macht eine Aussiedlerin, die in ihrem Herkunftsland als Sprachlehrerin tätig war, ein russisches Sprachförderangebot für Kinder. Die Sprachlehrerin, deren Kind den Kindergarten besucht, erhält dafür ein kleines Honorar. Da ihre Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden, ist diese Honorartätigkeit für die Mutter eine Kompromisslösung. Ein gemeinsames Projekt des Familiennetzwerkes und der örtlichen VHS in Hoyerswerda qualifiziert Erzieher/innen und Eltern gemeinsam zur „Familienpädagogin und Multiplikatorin in der Elementarausbildung“. Über ein Jahr lang werden einmal wöchentlich neueste Erkenntnisse auf dem Gebiet der Frühpädagogik vermittelt und erörtert, aber auch eigene Fragestellungen der Eltern bearbeitet. Das abschließende Zertifikat ist auch für die Arbeitsuche im Bereich Jugendhilfe verwertbar.

Eine Einrichtung in Stralsund, die in einem Viertel liegt, das hauptsächlich von Aussiedlerfamilien bewohnt wird, hat ein Internetcafé eingerichtet, das von Aussiedlern (gegen Honorar) betreut wird; hier werden Computerfertigkeiten vermittelt, es können aber auch Bewerbungen verfasst werden u.a.m.

In Bremen-Lüssem arbeiten Mütter als „Ein-Euro-Kräfte“ im Küchenbereich. Die Leiterin berichtete, dass beide Frauen zur Elterngruppe der Einrichtung gehören und ihre Kinder die Einrichtung besuchen. Die Mütter haben einen Migrationshintergrund als Aussiedlerinnen, unzureichende Deutschkenntnisse und sind auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht vermittelbar, ihre Männer sind ebenfalls arbeitslos. Zu ihren Aufgaben zählt die Zubereitung der Mahlzeiten, da die Frauen gute Kochkenntnisse haben, ist „ihr“ Essen bei Kindern und Eltern beliebt. Durch die Tätigkeit erfahren die Mütter eine hohe Wertschätzung, die zu ihrer sozialen und psychischen Stabilisierung beiträgt; die Einrichtung hat auch einen Gewinn, da Kinder und Eltern mit dem Essen zufrieden sind.

➤ **Angebote zur Einbindung der Eltern in die Entwicklungsprozesse der Kinder**

Kinder wachsen optimal auf, wenn Eltern aktiv einbezogen werden. Deswegen ist ein Anliegen der Zentren, das Interesse der Eltern an den Bildungsprozessen der Kinder zu fördern und die Erziehungspartnerschaft zwischen Einrichtung und Familie zu unterstützen. Ein wichtiges und mittlerweile weit verbreitetes Modul sind die Mutter-Kind-Gruppen, die auch Müttern mit Kleinstkindern angeboten werden. Darüber hinaus haben folgende Angebote sowohl eine positive Resonanz und auch positive Effekte für die Einbindung der Eltern in die Förderung der frühkindlichen Bildungsprozesse:

- So werden beispielsweise in Monheim mit den Eltern Videoaufnahmen bearbeitet, die sie selbst mit ihren Kindern zeigen. Die Eltern haben dabei die Chance, sich selbst und ihre Kinder über das Medium „Video“ in einer anderen Weise zu erfahren und somit einen neuen Zugang zu ihrem eigenen Verhalten und zu dem Entwicklungsstand der Kinder zu finden.
- Eine andere Variante, Eltern einen erweiterten Blick auf das eigene Kind zu ermöglichen, wird in den Kwärdenkerclubs“ praktiziert. Hier wird in den Eltern-Kind-Gruppen nach einer bestimmten Zeit die Gruppe geteilt, die Mütter haben die Möglichkeit mit der Nachbarin sich über die Kinder auszutauschen nach der Regel: „Was mir Positives an Ihrem Kind aufgefallen ist“. Die Leiterin berichtete, dass die ressourcenorientierten Gesprächsrunden der Mütter untereinander sehr positive Effekte auf die Wahrnehmung der eigenen Kinder haben.

- Eine weitere Variante wird in der Einrichtung Berlin, Schillerstraße praktiziert. Ähnlich wie bei den EEC-Centren ist das Ziel, die Eltern frühzeitig in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einzubeziehen und zu beteiligen. Zum einen informieren die Mitarbeiterinnen die Eltern regelmäßig über die Entwicklungsfortschritte der Kinder, zum anderen werden die Eltern angeregt, über die häuslichen Kindesbeobachtungen im Gespräch mit den Erzieherinnen zu reflektieren.

– *Ein spezifisches, niedrighschwelliges Angebot zur Aktivierung der Mutter-Kind-Beziehung wurde in einer Einrichtung, die über ein großes Spielgelände verfügt, initiiert. Den Mitarbeiterinnen war aufgefallen, dass ein Teil der Mütter, die häuslich isoliert, in einem tristen Wohnumfeld leben, ihre Kinder mittags abholen, aber wenig Kontakt zu ihnen aufnehmen. Die Kinder zeigten oft das Interesse, noch mal auf den schönen Spielplatz zu gehen, im Sand zu spielen, zu schaukeln etc. Die Mitarbeiterinnen haben mit den Müttern folgende Vereinbarung getroffen: Sie können das Außengelände auch nach der regulären Öffnungszeit nutzen, wenn sie, anstatt passiv ihren Kindern zuzuschauen, die Zeit mit den Kindern aktiv gestalten. Die Erzieherinnen, die diese gemeinsame Aktivität „angeleitet“ haben, setzen somit einen wichtigen Impuls zum Spiel, zur Bewegungsfreude und zum gemeinsamen Tun mit den Kindern.*

➤ **Angebote für die ganze Familie**

Mit diesem Angebotssegment wird bewusst die „Familie“ als Ganzes angesprochen. Die Recherchen zeigten, dass diese Angebote ein beliebtes und unverzichtbares Modul aller Einrichtungen ist – unabhängig vom Einzugsgebiet und dem sozialen Status der Eltern. Die Angebotspalette entspricht im Wesentlichen den traditionellen Angeboten: jahreszeitlich oder sozialräumlich bedingte Feste, wie St. Martin-Laternenfest/Weihnachten/Ostern, die zu unterschiedlichen Anlässen stattfinden. In der Regel beteiligen sich Eltern mit Aktivitäten und dem Herstellen von Speisen. Auf die Frage, was das Motiv für das Interesse an diesen Aktivitäten sei, hatten die Gesprächspartnerinnen folgende Einschätzungen: Die Eltern hätten ein großes Bedürfnis, sich und ihre Kinder in einem positiven, angenehmen Kontext zu erleben, und einige Feste wie z.B. das Laternenfest an St. Martin mobilisiere eigene positive Erfahrungen an die eigene Kindheit. Bei zusätzlicher Beteiligung der Großeltern, die in vielen Einrichtungen selbstverständlich ist, entstehen familienstärkende und generationenverbindende Erfahrungen, die durch den

institutionellen Rahmen und die Vielzahl der Familien, die sich dort treffen, eine eigene unverwechselbare Dynamik haben.

Mit Angeboten für die ganze Familie, die einen stärker positiven, erlebnisorientierten Charakter haben, werden oft auch Eltern erreicht, die sich durch Angebote eher schwer ansprechen lassen.

➤ **Angebote für Väter und Kinder**

Aus mehreren Einrichtungen wurde berichtet, dass produktorientierte Angebote für Väter und ihre Kinder sehr beliebt sind. Die Angebote werden in der Regel am Samstagvormittag durchgeführt; die Väter basteln mit ihren Kindern Spielzeuge, wie z.B. Drachen, die dann auch unmittelbar in Aktion kommen.

➤ **Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Bedarfsgerechte Öffnungszeiten sind die wichtigste Bedingung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aufgrund der geforderten steigenden Mobilität und Flexibilität von Arbeitnehmern sind die Arbeitszeiten immer weniger mit den Öffnungszeiten der Einrichtungen kompatibel. Auch eine verlängerte Öffnungszeit kann nur zum Teil die Bedarfe von Arbeitnehmern mit flexiblen Arbeitszeiten erfüllen. Darüber hinaus stellt sie auch den Einrichtungsträger vor Finanzierungsprobleme, da es in der Regel nur ein Teil der Kinder ist, die ein zusätzliches Betreuungsangebot brauchen, entstehen für den Träger erhebliche zusätzliche Kosten. Passgenaue Lösungen sind durch das Andocken von zusätzlichen Betreuungsangeboten durch Tagespflegepersonen möglich. Flächendeckend haben sich jedoch folgende Ansätze noch nicht durchgesetzt:

- Die Vermittlung der Tagespflegepersonen über die Kita, so dass die Eltern keine neue Institution aufsuchen müssen und der zusätzliche Organisationsaufwand für die Eltern gering bleibt. Dieses Konzept wird bisher – so die Recherche – nur sehr vereinzelt umgesetzt.

Ein richtungsweisendes Beispiel für die Kooperation zwischen Kita und Tagespflege wird in Kiel praktiziert. Hier sind beim Träger der Kita (AWO) auch Tagesmütter angestellt, die innerhalb der Einrichtungen vermittelt werden. Das Besondere in Kiel ist, dass die Tagesmütter einmal in der Woche mit den Kindern in die Kita kommen und die Kita-Mitarbeiterinnen ein bestimmtes Stundenkontingent für die Gespräche mit den Tagesmüttern haben, die Kinder können in der Zeit an Aktivitäten für die Kinder teilnehmen.

- Eine andere Variante zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf praktiziert die Hamburger Vereinigung. In der Einrichtung buchen Firmen für mehrere Wochen Gastplätze für die Kinder der Angestellten, deren Eltern aus unterschiedlichen Gründen vorübergehend in einer anderen Stadt arbeiten.

4.3 Beteiligung und Einbindung der Eltern

Hierbei sind folgende Aspekte zu beachten:

- Die Beteiligung und Mitsprache der Eltern ist für die Kindertageseinrichtungen im KJHG gesetzlich geregelt. Die Einrichtungen sind verpflichtet, die entsprechenden Gremien, Elternrat/Kindergartenrat einzurichten. Damit haben die Eltern eine formale, gesetzliche Regelung, die ihre Mitwirkung in den Einrichtungen sichert. Die Ergebnisse über die Beteiligung ergeben kein einheitliches Bild, die Quote der Eltern, die sich aktiv in den Mitwirkungsgremien beteiligen, wird zwischen 10-20% eingeschätzt. Trotz der geringen Quote haben diese Gremien einen hohen Stellenwert für die Zusammenarbeit und die Interessensvertretung der Eltern.
- Die Einrichtungen mit hohem Migrationsanteil berichteten, dass die Mitarbeit in formalisierten Gremien dem Erfahrungshintergrund vieler Migranteneltern nicht entspricht. Diese bevorzugen die direkte Ansprache und bei anstehenden Problemen schnelle Klärungen.
- Eltern mit hoher beruflicher Mobilität verfügen häufig zwar nicht über die erforderliche Zeit für eine aktive Mitarbeit, legen aber dennoch Wert auf diese Gremien.
- Unabhängig von den gesetzlich geregelten Mitbestimmungsrechten leisten Eltern ein umfangreiches Spektrum freiwilliger und ehrenamtlicher Aktivitäten, mit denen sie die Arbeit der Einrichtungen unterstützen und die Mitarbeiter/innen entlasten.
- Freiwillige, ehrenamtliche Unterstützungsleistungen im Alltagsgeschäft erbringt ein sehr viel höherer Anteil der Eltern. Auch hier ist die Quote sehr unterschiedlich; sie schwankt zwischen 30% und 90%. Da es sich hierbei häufig um aktionsbezogene einmalige Aktivitäten handelt, ist die Bereitschaft der Eltern sehr hoch.

Die Recherche ergab auch, dass es in allen Einrichtungen Eltern gibt, die unerreichbar sind und sich an keinerlei zusätzlichen Aktivitäten beteiligen. Die Gründe

dafür konnten nicht eindeutig identifiziert werden. Die Gesprächspartnerinnen nannten folgende Erklärungen:

- Zeitprobleme aufgrund beruflicher Überbelastung oder anderweitiger Verpflichtungen,
- Vorbehalte gegenüber der Einrichtung, den Mitarbeitern,
- Vorbehalte gegenüber den anderen Eltern,
- Verständigungsprobleme, dies betrifft insbesondere Eltern ohne ausreichende Sprachkenntnisse, die dadurch kommunikativ ausgeschlossen sind.

5 Kooperation und lokale Vernetzung

5.1 Kooperation mit anderen Institutionen

In allen sozialen Arbeitsfeldern sind Kooperation und Vernetzung sozial erwünschte Handlungsstrategien, mit denen die historisch gewachsenen institutionellen Verkrustungen und die Zersplitterung der Dienste aufgehoben werden sollen. Ziel ist es, innerhalb der sozialen Arbeit mit einer mehrdimensionalen fachlichen Perspektive neue Problemlösungsstrategien zu entwickeln, eine ganzheitlichere Sichtweise zu entwickeln und Synergieeffekte zwischen den Diensten zu ermöglichen. Der 12. Kinder- und Jugendbericht weist eindringlich auf die Notwendigkeit und die Synergieeffekte einer integrierten Angebotsstruktur hin.

Diesem fachlichen Paradigma entsprechen die Eltern-Kind-Zentren. Durch Kooperation und Vernetzung werden die institutionelle Öffnung und die Entwicklung einer integrierten Angebotsstruktur initiiert. Alle befragten Einrichtungen haben diesen Weg beschritten, aber unterschiedliche Etappenziele erreicht, Reichweite und Nachhaltigkeit von Kooperation und Vernetzung sind unterschiedlich ausgeprägt. Die Recherche belegt auch, dass die Terminologie „Kooperation und Vernetzung“ unterschiedlich verwendet und unterschiedliche Aktivitäten darunter subsumiert werden. Das Spektrum reicht von Informationsaustausch, gelegentlichen Treffen, gezielten Absprachen, koordinierten Aktionen, Koordinationen und systematischen, regelmäßigen Arbeitsbeziehungen. Mit Blick auf den Stellenwert von Kooperation und Vernetzung sollte die bestehende begriffliche Unschärfe durch klare Qualitätskriterien ersetzt werden. Diese Differenzierungen konnten im Rahmen dieser Recherche nicht bearbeitet werden. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden die Kooperationsbeispiele aus der Perspektive und dem Verständnis der Gesprächspartner nachgezeichnet.

➤ **Kooperation zwischen Kita und Elternbildung**

Angebote zur Unterstützung der Eltern sind Teil des Regelangebotes der Kindertageseinrichtung, die von den Erzieherinnen selber umgesetzt werden. Auf dieser fachlichen Grundlage haben sich unterschiedliche Kooperationsformen zwischen Kita und Institutionen der Familienbildung entwickelt. Sie umfassen sowohl die Einbindung von Fachkräften aus der Familienbildung innerhalb des Regelangebotes als auch zusätzliche Angebote für Eltern, die über das Regelangebot hinausgehen. Durchgeführt werden Einzelveranstaltungen oder auch ein längerer Zyklus. Die Kooperation hat folgende positive Effekte: Die Mitarbeiterinnen in der Kita werden bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen fachlich entlastet, durch die Einbindung der Familienbildungsinstitutionen kann eine breitere inhaltliche Palette angeboten werden und die Familienbildungsinstitution werden bei den Kita-Eltern bekannt und erlebbar. Den Eltern wird der Zugang zur Familienbildungsinstitution erleichtert. Darüber hinaus können die beiden Einrichtungen eine latente oder offene Konkurrenz um die Beteiligung der Eltern umwandeln in ein koordiniertes, abgestimmtes Vorgehen.

In der Recherche wurden folgende Varianten beschrieben:

- Die Kita konzipiert das Angebot für Eltern auf der Grundlage der festgestellten Bedarfe und führt einen Teil der Angebote selber durch. Diese werden durch zusätzliche Veranstaltungen ergänzt, für die Referent/innen aus der Familienbildung angeworben werden. Angeboten werden grundsätzliche Themen, wie z.B. frühkindliche Bildung, der Umgang mit Medien oder auch spezifische Themen, die im Kontext der Einrichtung aktuell sind. Berichtet wurde, dass auch bei den eher grundsätzlichen Themen Bezug zu den aktuellen Fragen der Eltern hergestellt werden muss, ansonsten sinkt das Interesse an diesen Veranstaltungen.
- Veranstaltungen werden kooperativ durchgeführt, d.h. die Leiterin der Kindergruppe lädt die Familienbildnerin als zusätzliche Fachfrau ein und integriert ihren Beitrag in die von ihr durchgeführte Veranstaltung.
- Kita und Familienbildungsinstitution haben ein gemeinsames abgestimmtes Konzept für die Elternbildung. Die Verantwortung dafür liegt sowohl bei der Leiterin der Einrichtung als auch bei der Familienbildungsinstitution. In diesem Modell können die Veranstaltungen sowohl in der Kita als auch in der Familienbildungsinstitution stattfinden. Das setzt aber eine räumliche Nähe zwischen den beiden Einrichtungen voraus und in der Regel auch eine intensive persönliche Werbung durch die Kita-Mitarbeiterinnen. Teilweise sind die

Veranstaltungen auch zugänglich für Eltern aus dem Stadtteil, deren Kinder die Einrichtung nicht oder noch nicht besuchen.

- Veranstaltungen der Familienbildung werden in der Kita durchgeführt, für alle interessierten Eltern aus dem Stadtteil; die fachliche Verantwortung liegt bei der Familienbildung. Erforderlich dafür ist ein entsprechendes Raumangebot.

Die Leiterin aus der Einrichtung Spatzennest in Frankfurt a.d.O. berichtete über die positiven Effekte bei der Nutzung der Kita-Räume für Geburtsvorbereitung und für Kurse nach der Geburt. Für die Teilnehmerinnen, die zum Teil ihre älteren Kinder in der Kita haben, ergeben sich kurze Wege, die anderen Mütter lernen die Kita und auch andere Eltern kennen. Durch die institutionelle Öffnung und die gelebte positive Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen sinkt offensichtlich die Zugangsschwelle auch für die Nutzung von weiteren Angeboten, die in der Familienbildungsinstitution durchgeführt werden.

➤ **Kooperation mit dem ASD/Jugendamt**

In den befragten Einrichtungen ist die Kooperation mit dem ASD unterschiedlich ausgeprägt und abhängig von den Lebens- und Problemlagen der Familien. In der Mehrzahl der Einrichtungen geht die Initiative für die Kooperation nicht vom ASD aus, sondern von den Eltern-Kind-Zentren. Die Absprachen werden zwischen den Mitarbeiter/innen getroffen und sind letztlich abhängig von der Bereitschaft des ASD mit der Kita Kontakt aufzunehmen. Institutionalisierte Kooperationsvereinbarungen konnten in der Recherche nicht festgestellt werden. Ein grundsätzliches Problem in der Zusammenarbeit mit dem ASD ist die Einhaltung des Datenschutzes, der nur mit Einwilligung der Betroffenen aufgehoben werden kann.

Unterschieden wird zwischen fallbezogener und präventiv-orientierter Kooperation:

- Bei fallbezogenen Kooperationen sind Absprachen erforderlich, sowohl um angeordnete Maßnahmen einhalten zu können als auch die Hilfen für die Familien abzustimmen und effektiver gestalten zu können. In recherchierten Einrichtungen, in denen ein großer Teil der Eltern „Klienten“ des ASD bzw. Jugendamtes sind, bestehen regelmäßige Kontakte um z.B. Regelungen zu besprechen bei Entzug der Elternsorge oder auch bei Maßnahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe.

- In einigen Gesprächen wurde berichtet, dass Gespräche mit dem ASD oder dem Jugendamt in der Kita stattfinden, unter Wahrung der Anonymität. Auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern nimmt vereinzelt auch die Kita-Leiterin an den Gesprächen teil. Offensichtlich erleichtert eine bestehende Vertrauensbeziehung zwischen Kita-Leiterin und Eltern die Kontaktaufnahme zum ASD/ Jugendamt. Auch aus institutioneller Sicht werden damit Synergieeffekte ermöglicht, die Kontaktbasis der Kita kann aus der Perspektive des ASD genutzt werden.
- Im Rahmen präventiv orientierter Kooperationen führen Mitarbeiter/innen aus entsprechenden Fachdiensten Angebote in der Kita durch; mittlerweile weit verbreitet sind Sprechstunden der Erziehungsberatung in der Kita. Diese werden aber niedrigschwellig konzipiert, d.h. sie heißen nicht „Erziehungsberatung“, sie können spontan aufgesucht werden, es gibt keine Anmelde Listen und auch kein fest umrissenes Zeitsetting. Diese niedrigschwellige Variante hat sich offensichtlich bewährt, es wird von Eltern in Anspruch genommen, die von selbst keine Erziehungsberatungsstelle aufsuchen würden. Zu beachten ist auch, dass im halb öffentlichen Raum der Kita die Inanspruchnahme von „Erziehungsberatung“ für viele Eltern eine Hürde ist, sie befürchten, sich damit als „schlechte Eltern“ zu outen.
- Ähnlich verhält es sich auch mit anderen Angeboten, wie z.B. Schuldnerberatung oder Rechtsberatung. Als öffentliches Angebot werden diese in der Kita nicht angenommen, fallorientiert werden Beratungsgespräche vermittelt und auch in der Kita durchgeführt.

➤ **Kooperation mit medizinischen Diensten und dem Gesundheitsamt**

In einigen Einrichtungen besteht ein regelmäßiger Austausch mit dem Gesundheitsamt. Die zuständige Ärztin berichtet in den Teamsitzungen der Kita über Ergebnisse im Rahmen der Gesundheitsuntersuchungen der Kinder. Dieser Austausch trägt dazu bei, ganzheitliche, generationenübergreifende Angebote zu entwickeln: Die – persönlich anonymisierten – Ergebnisse werden von den Mitarbeiter/innen in der Kita ausgewertet und in der Angebotsgestaltung umgesetzt. Ein Beispiel aus Monheim: Die Gesundheitsuntersuchungen ergaben einen hohen Anteil übergewichtiger Kinder. Die Einrichtungen konzipierten ein längerfristiges Projekt für Mütter und Kinder zur ausgewogenen Ernährung der Kinder. Offensichtlich war dieses Projekt erfolgreich, da bei der nächsten Gesundheitsuntersuchung der Anteil der übergewichtigen Kinder gesunken war.

➤ **Kooperation mit sprachtherapeutischen Angeboten**

In einigen Einrichtungen werden die zusätzlichen therapeutischen Angebote in den Zentren durchgeführt. Das erleichtert zum einen den Zugang für Kinder und Eltern, die keine zusätzlichen Wege in Anspruch nehmen müssen, zum anderen wird die Kooperation intensiviert, Austausch und Absprachen zur Förderung der Kinder sind ohne großen zusätzlichen Aufwand möglich.

➤ **Kooperation mit Migrationsdiensten**

In Einrichtungen mit hohem Migrationanteil wird mit den Migrationsdiensten zusammengearbeitet. Diese werden einbezogen bei migrationspezifischen Problemen, beispielsweise bei Problemen mit der Ausländerbehörde oder auch bei interkulturellen Themen, bei denen eine Vermittlung zwischen Kita und Familie erforderlich ist.

➤ **Kooperation mit Schulen**

Der Übergang vom Kindergarten zur Grundschule ist in den Kindertageseinrichtungen ein zentraler fachlicher Schwerpunkt, der insbesondere im letzten Jahr des Kita-Besuches im Vordergrund steht. Die Kooperation zwischen Grundschule und Kita ist seit 1972 – seitdem der Kindergarten als erste Stufe des Bildungswesens anerkannt wurde – eine bundesweite, konfliktreiche Aufgabe, die vielerorts noch nicht zufrieden stellend umgesetzt wird. In den letzten Jahren – nach der PISA-Studie – sind erhebliche Anstrengungen und Vorgaben für die Verbesserung der Kooperation zwischen Kita und Grundschule gemacht worden.

Eine institutionell bindende Verpflichtung zur Kooperation existiert für die Schulen bundesweit nicht. Die Hürden, die für eine befriedigende Kooperation zu überwinden sind, haben eine lange Geschichte und reichen weit zurück. Hier sind zu nennen: die bildungspolitische Hierarchie, in der die Institution Kindergarten aus der Perspektive der Schule keinen ernstzunehmenden Stellenwert besitzt, das Selbstverständnis – eines Teils – der Lehrerschaft, ihre Arbeitszeit nicht „über das vorgeschriebene Maß“ auszuweiten, und ein substanziell anderes, institutionell geprägtes Verständnis über „Bildung“, das eine gemeinsame Sprache über die notwendige Förderung der Kinder erschwert. Dementsprechend ist Umfang und Reichweite der Kooperation auch unterschiedlich ausgeprägt, sie wird in der Regel von der Kita initiiert und ist häufig abhängig von der individuellen Kooperationsbereitschaft der Lehrer.

Das Spektrum der kooperativen Aktivitäten umfasst beispielsweise Besuche der Kinder in der Schule, umfassendere Projekte zur Erkundigung des Lern- und Umfeldes Schule, Einbindung der Lehrer bei Elternveranstaltungen in der Kita, Austausch zwischen Lehrern und Erzieherinnen über den Entwicklungsstand, z.B. Sprachstand der Kinder; hierbei sind allerdings die Datenschutzbestimmungen zu beachten.

- Einige Einrichtungen bieten Beratung für Eltern an, deren Kinder bereits in die Schule gehen und die Probleme mit der Schule haben. In diesen Fällen wird versucht, die Eltern bei der Vertretung ihrer Anliegen zu unterstützen, gegebenenfalls auch zu vermitteln.
- Einige Einrichtungen machen ein Angebot für Schulkinder, das die Kooperation zwischen den beiden Institutionen intensiviert. Ein weiterführendes Angebot für Schulkinder wird in der Einrichtung des Kinderschutzbundes „Der blaue Elefant“ in Essen seit einigen Jahren erfolgreich praktiziert. Das Projekt „Lernen wie man lernt“ wird mittlerweile an verschiedenen Standorten durchgeführt, der Kinderschutzbund hat die Projekte in einem eigenen Verein zusammengeführt. Ausgangspunkt war die Sorge um die Kinder, die nach dem Besuch der Kita keine Unterstützung mehr bekommen und somit ihre positiv begonnene Entwicklung nicht fortsetzen können. Insbesondere benachteiligte Kinder, deren Eltern – aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind, die Kinder zu fördern, erhalten Unterstützung und Hilfe bei der Bewältigung des Schulalltags. Die Kinder und Jugendlichen, die „keinen Bock“ auf Schule haben, werden mit diesem Angebot gefördert. Die betreuten Kinder und Jugendlichen sind zwischen 6 und 18 Jahre alt, die Verweildauer ist unterschiedlich und kann mehrere Jahre betragen. (Deutscher Kinderschutzbund, Ortsverband Essen e.V., Lernen wie man lernt, Münster 2004).

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Schule, individuelle kindbezogene Absprachen, ein Mix aus verschiedenen Projekten sind zentrale Handlungsorientierungen und das „Erfolgsrezept“ des Projektes.

Aus der Perspektive der Leitorientierungen der Eltern-Kind-Zentren intensiviert dieses Projekt insgesamt die Zusammenarbeit mit den beteiligten Schulen, vereinfacht die Gestaltung des Übergangs und erweitert eine vertikale Integration von Angeboten.

5.2 Lokale Vernetzung und Einbindung in die kommunale Jugendhilfepolitik

Die Kooperation zwischen Einrichtungen, häufig entstanden aus dem Engagement der Mitarbeiterinnen, ist ein wichtiges, aber nicht ausreichendes Modul für eine lokale Vernetzung. Diese kann auch nicht von den Einrichtungsmitarbeitern alleine geleistet werden, sondern ist Aufgabe kommunaler Jugendhilfepolitik, in der die Einrichtungsträger eingebunden sind.

Ähnlich wie bei dem Terminus „Kooperation“ werden auch unter dem Begriff „Vernetzung“ unterschiedliche Aktivitäten subsumiert. Zur Abgrenzung der beiden Termini wird auf folgendes Erklärungsmodell zurückgegriffen. Unter Kooperation wird eine gleichberechtigte, arbeitsteilig organisierte Zusammenarbeit, zu festgelegten Bedingungen verstanden, um ein abgestimmtes Ziel zu erreichen, Vernetzung dagegen meint das Herstellen einer Struktur, die Kooperation entweder ermöglichen oder auch erleichtern soll. Grundsätzlich können Vernetzungsstrukturen bestehen, ohne dass kooperative Arbeitsbeziehungen existieren und umgekehrt können funktionierende Arbeitsbeziehungen vorhanden sein, entstehen, die ausschließlich personenabhängig sind und nicht in Strukturen verankert sind. In einer funktionierenden Netzwerkarbeit sind kooperative Zusammenarbeit und Vernetzung miteinander verknüpft (van Santen, E./Seckinger, M. 2003).

Grundlage der Vernetzung ist die Verankerung der Angebote im Rahmen der Jugendhilfeplanung. In den Interviews wurde berichtet, dass dies ein mehrstufiger Prozess mit umfangreichen, zeitlich aufwendige Abstimmungsprozesse in den zuständigen Gremien erforderlich mache. Die Einbindung in die Jugendhilfestruktur ist der notwendige strukturelle Unterbau für die Entwicklung der Angebotsstruktur und damit ein zentraler Teil der erforderlichen Rahmenbedingungen. Die Recherchebeispiele zeigen, dass ohne eine jugendhilfepolitische Verankerung keine längerfristige Entwicklung möglich gewesen wäre. Die Einbindung in die Jugendhilfeplanung sichert auch die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse in einer Reichweite, die deutlich über das Einzugsgebiet einer einzelnen Kindertagesstätte hinausgeht. Grundlage kommunaler Jugendhilfepolitik sind (oder sollten sein) sozialräumlich orientierte Bedarfspläne, die nicht nur regionale und demografische Kriterien berücksichtigen, sondern auch die sehr unterschiedlichen Lebenslagen von Familien erfassen (Mayer-Gräfe/Löser 2005).

Die Einbindung der Angebote in die kommunale Jugendhilfeplanung ist noch kein ausreichender Indikator für eine kommunale Netzwerkarbeit, die sich durch eine integrierte Handlungsstruktur auszeichnet. Weit verbreitet ist beispielsweise

die Koexistenz von Angeboten, die zwar kommunikativ miteinander verbunden sind, aber keine gemeinsame Handlungsperspektive entwickelt haben. Die Hürden für den Aufbau eines Netzwerkes liegen in der spezifisch (deutschen) Struktur, in der politisch verankerten Trägerpluralität und in den am Wettbewerb ausgerichteten Förderbedingungen.

Innerhalb der Kommune hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Gesamt- und Planungsverantwortung (§ 79 SGB VIII). Andererseits haben die Träger der freien Jugendhilfe auf der Grundlage SGB VIII ihre eigenen trägerspezifischen Angebote zu entwickeln.

In der Kommune handeln Träger, die auch zueinander in Konkurrenz stehen und ambivalente Arbeitsbeziehungen haben, die aus fachwissenschaftlicher Sicht als „kompetitiver Kooperation“ oder „Koopkurrenz“ definiert werden (Schubert 2006). Die historische gewachsene Versäulung der Angebotsstrukturen hat „Silo“- und Revierdenken begünstigt, die Angebotssäulen haben eine Eigendynamik entwickelt (berücksichtigt werden muss dabei auch, dass Systeme ein erhebliches Beharrungsvermögen haben und sich nicht selbst auflösen wollen). Konkurrenzfördernd sind auch Finanzierungs- und Vergaberichtlinien, die Wettbewerb anstatt Kooperation unterstützen.

In den Interviews – und auch in vielen Veranstaltungen – wurde dieser Sachverhalt thematisiert und darauf hingewiesen, dass die Nicht-Berücksichtigung von Trägerinteressen schnell zum Abbruch der Kooperationsbeziehungen führen kann. Eine trägerübergreifende Vernetzung in einem gemeinsamen Konzept wird schwierig, wenn es keine Win-Win-Situation gibt, sondern einer der Kooperationspartner sich in seiner Existenz bedroht und „überevorteilt“ fühlt. Lokale Netzwerke, in denen unterschiedlicher Träger eine integrierte Handlungsperspektive entwickelt haben und deren strategische und operative Zuständigkeit klar definiert ist, konnten in der Recherche vereinzelt festgestellt werden. In der Recherche konnten unterschiedliche Entwicklungslinien und Vernetzungskonzepte nachgezeichnet werden (unterschiedliche Modelle):

- Ein kommunal gesteuertes Vernetzungskonzept, mit Trägern der freien Jugendhilfe wird im Monheimer Stadtteil „Berliner Viertel“ praktiziert. Im Projekt MO.KI Monheim sind verschiedene Träger und unterschiedliche Arbeitsfelder beteiligt. Das Jugendamt der Stadt Monheim stellt die Vernetzungsressource, das heißt das Projekt wird vom Jugendamt gesteuert, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten aller Beteiligten sind klar definiert. Analysiert man die Erfolgsfaktoren, so fällt auf, dass dieses Projekt in einer sozialnormativen

Leitidee verankert ist. Ausgangspunkt und Intention ist der hohe Anteil von Kindern in diesem Stadtteil, die arm oder von Armut bedroht sind. Durch das Projekt soll eine Reduzierung der Armutsfolgen möglich werden. Offensichtlich ist diese soziale normative Verankerung und das konkrete Anliegen der Bekämpfung von Armutsfolgen in Berliner Viertel die Klammer, um die trägerspezifischen Interessenslagen überwinden zu können. In den mehrstündigen Interviews mit den Beteiligten wurde der Stellenwert dieser Leitorientierung bestätigt, die klare Ausrichtung des Projektzieles erleichtere die Überwindung spezifischer Interessenslagen.

- Ein weiteres Beispiel für ein kommunales Netzwerk gibt die Stadt Nürnberg. Die Idee der Vernetzung wurde innerhalb der kommunalen Jugendhilfe „geboren“ und in einem mehrjährigen Prozess jugendhilfepolitisch durchgesetzt. In Kooperation mit dem Lokalen Bündnis für Familien in Nürnberg wurde die Öffnung der kommunalen Einrichtungen initiiert. Mit verschiedenen Modulen wird dieses Konzept in den Einrichtungen umgesetzt.

Die Vernetzung mit Angeboten aus dem jeweiligen Stadtteil, etwa aus dem Bereich Gesundheit, Kultur, Sport und Migration, steht im Vordergrund. Die Angebote finden sowohl in der Kita/Eltern-Kind-Zentrum oder auch in anderen Einrichtungen des Stadtteils statt.

Exkurs: Ein anderes, aber vergleichbares kommunales Netzwerk wird in Augsburg aufgebaut. Das kommunale Konzept „Augsburg für Familien“ hat in vier Sozialregionen Familienstützpunkte initiiert. Dabei handelt es sich um Anlaufstellen für Eltern und Familien, die unterschiedlichste Zeiten und Betreuungsformen benötigen, die durch das Regelangebot nicht abgedeckt werden. Die Stützpunkte vermitteln sowohl Adressen und Kontakte, sie beraten und initiieren neue Formen von Betreuungsarrangements, und sie bieten Betreuungsmöglichkeiten für Kleinstkinder.

- Auch die großen Träger vernetzen ihre Angebote. Ein Beispiel für ein trägerspezifisches Netzwerk ist die Hamburger Vereinigung, der Dachverband verknüpft die Angebote der Kita's mit denen anderer Dienste.

5.3 Kooperation mit ortsansässigen Unternehmen

Es gibt – schon seit Jahren – Kita's, bei denen Firmen Plätze für ihre Betriebsangehörigen kaufen und Firmen, die Betriebskindergärten einrichten. Es gibt Einrichtungen, die werben erfolgreich Sponsorengelder ein, mit denen sie finanzielle Lücken im Finanzierungskonzept decken. Eine darüber hinausgehende, strategi-

sche Kooperation mit Unternehmen orientiert sich an folgenden Überlegungen: Unternehmen sind wichtige strategische Partner, sie stabilisieren und erweitern den Bezugsrahmen der Eltern-Kind-Zentren. Dabei geht es weniger um eine sozial-moralische Verpflichtung als Sponsor, sondern um die Leitidee: Unternehmen arbeiten effektiver mit zufriedenen Eltern, die ihre Kinder „in guten Händen“ wissen; qualifizierte Kinderbetreuung und Familienarbeit sind ein Standortfaktor für die Unternehmen. Diese Perspektive hat sich bisher nur vereinzelt durchgesetzt. Insgesamt gibt es eher auf beiden Seiten „Berührungspunkte“, oder es fehlen konkrete Projektideen, um die Kooperation attraktiv zu machen.

Ein schon mehrfach erwähntes, richtungsweisendes Beispiel ist die Stadt Melsungen, in der der ortsansässige Unternehmer und der Bürgermeister das Konzept „Kinder- und Familienfreundliches Melsungen“ auf den Weg gebracht haben. Mittlerweile gibt es eine Stiftung, in der mehrere Unternehmen ein Startkapital eingezahlt haben, das durch Stadtsammlungen ergänzt wurde. Diese Stiftungsmittel werden zur Qualifizierung und Ausweitung der Arbeit genutzt.

Eine andere Variante wird in Halle und in Frankfurt a.d.O. praktiziert. Dort sind Kooperationen mit den ortsansässigen Wohnungsbaugesellschaften entstanden, für die die Einrichtungen als attraktiver Standortfaktor in ihren Siedlungen sind. In Frankfurt a.d.O. berichtete die Leiterin, dass sie in Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft den Esstrakt der Einrichtung ausbauen wollen, um einen Mittagstisch für die Senioren dieses Umfeldes anzubieten.

5.4 Kooperation mit lokalen Bündnissen

Die lokalen Bündnisse können die fachliche Arbeit der Eltern-Kind-Zentren unterstützen, ausweiten und kommunalpolitisch stärken. Sie tragen erheblich dazu bei, dass die Eltern-Kind-Zentren ihre jugendhilfepolitische Rahmung ausweiten und Kontakte mit anderen Partnern aufbauen. Bei einem Teil der befragten Einrichtungen sind die lokalen Bündnisse „angekommen“. Es besteht eine direkte Verbindung zu Personen bzw. Arbeitskreisen; vereinzelt existieren Personalunionen zwischen aktiven Mitarbeitern in den lokalen Bündnissen und Einrichtungsmitarbeitern. Bei einem anderen Teil spielte das lokale Bündnis bisher offensichtlich keine Rolle.

6 Prinzipien der Angebotsgestaltung

Die Rechercheergebnisse zeigen viele Ansätze für die Entwicklung einer integrierten Angebotsstruktur. Auf der Grundlage der Praxiserfahrungen und der Leitorientierungen lassen sich handlungsleitende Prinzipien zusammenfassen:

Die inhaltliche Integration von Angeboten

- Die Einbettung in ein gemeinsames Gesamtkonzept bzw. eine gemeinsame „Philosophie“, auf die sich die beteiligten Partner zu verständigen haben und die für die Eltern als eine gemeinsame Handschrift erkennbar ist.
- Die Identifikation aller beteiligten Mitarbeiter/innen mit diesem gemeinsamen Ziel.
- Träger und Finanziere verpflichten sich gemeinsam, ein integriertes Angebot bereit zu stellen, zu erhalten und gemeinsam konzeptionell weiter zu entwickeln.
- Integration auf der Managementebene durch gemeinsame Konzepterstellung, Planung und Koordination.

Öffnung zum Gemeinwesen, Kooperation und Vernetzung

Die Orientierung an den sozialräumlichen Bedürfnissen ist ein zentrales Handlungsprinzip und ein Qualitätsmerkmal der Angebotsstruktur. Daraus ergeben sich unterschiedliche Angebotsprofile und Schwerpunktsetzungen. So haben in einigen Einrichtungen Angebote im Bereich der Gesundheits- oder Armutsprävention den Vorrang, in anderen stehen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund.

In der Recherche wurde deutlich, dass die Einrichtungsmitarbeiter/innen erfolgreich miteinander kooperieren, die Einbindung in ein lokales Netzwerk unterschiedlich ausgeprägt ist und einer kommunalen jugendhilfepolitischen Steuerung bedarf.

Ein wesentlicher Aspekt von „Öffnung“ besteht des Weiteren darin, dass zumindestens ein Teil der Angebote auch für andere Familien im Einzugsgebiet offen sind. Für die Kindertageseinrichtungen ist diese Öffnung ein qualitativer Sprung, da sie in der Regel mit dem „geschlossenen Kundenkreis“ der Kindergarteneltern arbeiten. Insbesondere mit Eltern-Kind-Gruppen für die unter Dreijährigen wird die institutionelle Öffnung gefördert.

Niedrigschwelligkeit

Für die Angebotsgestaltung für Eltern wird als ein handlungsleitendes Kriterium das Prinzip der *Niedrigschwelligkeit* immer wieder hervorgehoben. Sowohl in den Recherchen als auch in der fachwissenschaftlichen Diskussion hat dieser Aspekt einen hohen Stellenwert. Implizit bezieht er sich auf die Gruppe der so genannten bildungsfernen Eltern, die in der Regel auch nicht an den üblichen Angeboten zur Erwachsenenbildung teilnehmen und oft problematische Bildungskarrieren haben. Sie brauchen den – immer wieder hervorgehobenen – „leichten Zugang“ zum Angebot, der als ein entscheidender Indikator für die Niedrigschwelligkeit verstanden wird. Der leichte Zugang zum Angebot hat einen *räumlichen, einen qualitativen und einen Beziehungsaspekt*. Konkret bedeutet das, Eltern brauchen in keine fremde Einrichtung gehen, sie brauchen keine Formulare ausfüllen, sie müssen keine Kontakte mit ihnen fremden Menschen aufnehmen, sie können sich an bestehenden Kontakten orientieren, die Sicherheit geben. Eine zufrieden stellende persönliche Beziehung zur Mitarbeiterin ist die Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Angebotes – das wurde uns immer wieder bestätigt. Die Beziehung stellt zugleich Verbindlichkeit her: Eltern, die von der Erzieherin persönlich zu einem Elterncafé eingeladen werden, werden dieser Einladung auch eher Folge leisten.

Aus der Perspektive der Einrichtungsmitarbeiterinnen formuliert: „Niedrigschwelligkeit als Grundhaltung“ ist eine zentrale Voraussetzung, um insbesondere den Zugang für bildungsferne und problembelastete Eltern zu ermöglichen. Das impliziert u.a, dass die Mitarbeiterinnen eine wertschätzende Grundhaltung auch den Eltern gegenüber entwickeln, die nicht den verinnerlichten Normen und Werteeinstellungen der Erzieherinnen entsprechen; es beinhaltet auch, dass Eltern jederzeit und ohne Anmeldung in die Einrichtung kommen können, entweder um Kontakte zu knüpfen oder auch an den Aktivitäten der Kinder „passiv“ teilnehmen zu können.

In diesem Kontext werden noch einmal die Vorzüge des institutionellen Settings der Tageseinrichtungen für Kinder deutlich: Das tägliche Abholen und Bringen der Kinder ermöglicht eine kontinuierliche, selbstverständliche Anwesenheit der Eltern, die nicht begründet werden muss. Wenn man bedenkt, dass Eltern in der Regel über einen Zeitraum von drei oder mehr Jahren kontinuierlich in die Einrichtung kommen, wird deutlich, welche „Beziehungsqualitäten“ aufgebaut werden können und welchen präventiven Stellenwert die Kindertageseinrichtungen prinzipiell haben.

„Qualitativ“ bezieht sich auf den didaktischen Ansatz und meint, dass die Angebote an Interessen und Bedarfen der Eltern ansetzen, eher aktions- und erlebnisorientiert sind und den Eltern keine Insuffizienzgefühle vermitteln. Dazu zählen z.B. intergenerative, erlebnisorientierte Angebote, in denen Kinder und Eltern gemeinsame positive Erfahrungen machen können.

Exkurs: Anschluss an die niedrigschwelligen Programme Opstapje und Hippy

In der Recherche ist eine systematische Verknüpfung mit diesen Angeboten nicht erkennbar. Lediglich die Stadt Nürnberg hat das Angebot „Hippy“ integriert. Dennoch soll auf den Stellenwert und die Bedeutung der Angebote verwiesen werden. Sie sind ein niedrigschwelliges Angebot für Eltern, die Institutionen skeptisch gegenüber stehen. Beide Angebote können konzeptionell in die Eltern-Kind-Zentren integriert werden.

Die Programme „Opstapje“ und „Hippy“ sind entstanden aus den Erfahrungen der Praxis, dass sozial benachteiligte Familien, insbesondere Migrantenfamilien, die klassischen institutionellen Angebote wenig nutzen.

„Hippy – **H**ome **I**nstruction for **P**arents **P**reschool **Y**oungsters“ entstand in Israel Ende der 60er Jahre als Antwort auf die Probleme der Einwandererfamilien, deren Kindern erhebliche Schulprobleme hatten. Das Programm instruiert Eltern, wie sie ihre drei- bis fünfjährigen Kinder besser auf die Schule vorbereiten können. Seit den 80er Jahren wird Hippy auch in Deutschland verstärkt eingesetzt. Mittlerweile gibt es auch einen Zusammenschluss auf Bundesebene.

Das Programm Opstapje – Schritt für Schritt – wurde in den Niederlanden entwickelt. Auch hier war der Ausgangspunkt, dass Förderprogramme von einem großen Teil der Migrantenfamilien nicht genutzt werden. Opstapje richtet sich an jüngere Kinder ab ca. zwei Jahren. Während Hippy sich an Mütter richtet, arbeitet Opstapje mit Müttern und Kindern zusammen. In Deutschland wurde Opstapje von 2001 bis 2003 als Modellprojekt in den Standorten Bremen und Nürnberg realisiert; die Zielgruppe wurde erweitert, teilnehmen können auch deutsche benachteiligte Familien.

Konzeptioneller Kern beider Programme ist ihre „Geh-Struktur“, d.h. durch niedrigschwellige Hausbesuche sollen Elternkompetenzen gestärkt und Kinder gefördert werden. Nach etwa zehn Hausbesuchen werden Gruppentreffen initiiert. Diese finden in Familienbildungs- oder Kinderbetreuungseinrichtungen statt, um eine Öffnung und Kontakte zu anderen Müttern zu ermöglichen. Im Sinne

einer vertikalen und horizontalen Integration kann der Programmansatz der Eltern-Kind-Zentren mit Hippy und Opstapje sinnvoll miteinander verknüpft werden mit dem Effekt, dass Eltern lernen Institutionen kennen lernen und Schwellenängste abbauen können. Der Übergang für die Kinder von der Familie in die Tageseinrichtung kann kindorientiert vorbereitet und Brüche vermieden werden. Die Vorbereitung auf die Schule kann zwischen der Erzieherin und der Hippy-Mitarbeiterin entsprechend abgestimmt werden.

7 Finanzierung

In fast allen Gesprächen wurden die bestehenden Finanzierungsgrundlagen kritisiert. Die Einrichtungen existieren auf der Grundlage der Basisfinanzierung, die reicht aber häufig nicht aus, um das Spektrum und die Besonderheiten eines Zentrums abzudecken. Zusätzlicher Finanzierungsbedarf ist erforderlich für die Bereitstellung zusätzlicher personeller Ressourcen, gegebenenfalls für Raummiete, Sachmittel, Qualifizierung und für die verbrauchsabhängigen Betriebskosten. In der Recherche wurden folgende Finanzierungsmodalitäten genannt:

- Sehr oft erfolgt die zusätzliche Finanzierung als eine Eigenleistung des Trägers.
- In verschiedenen Fällen gibt es eine Anschubfinanzierung über ein Modellprojekt, wodurch sich naturgemäß das Problem der Anschlussfinanzierung stellt.
- Relativ häufig trafen wir auf einen Ressourcen-Mix aus Projektmitteln aus verschiedenen Töpfen und Förderprogrammen (E&C, LOS usw.), kommunalen Beiträgen, Sponsorgeldern, ABM-Maßnahmen, Zivildienstleistenden u.Ä. Eine solche Mischfinanzierung setzt in der Regel ein großes Geschick auf Seiten der Leiter/innen der Kindertageseinrichtungen und/oder die Unterstützung durch externe Experten (z.B. Stadtteilmanager) voraus.
- Bei Kursen und einigen anderen Angeboten kommen auch Beiträge der Eltern selbst hinzu. Allerdings besteht ein klares Interesse, diese möglichst niedrig zu halten, um einkommensschwache Familien nicht auszuschließen.
- Aus den Mitteln der Kindertageseinrichtung selbst lassen sich in der Regel nur kleinere Sachkosten finanzieren. Teilweise sind jedoch Möglichkeiten gefunden worden, etwa bei einer Freistellung der Leiter/innen vom Gruppendienst oder durch eine kluge Dienstplangestaltung, die eigenen Personalressourcen auch für die Durchführung familienorientierter Angebote zu nutzen. Allerdings scheint es auch hier eine Tendenz zu geben, die entsprechenden Spiel-

räume der Einrichtungen einzuschränken (etwa über neue Finanzierungsformen wie Pro-Kopf-Finanzierung, Kürzung von Verfügungszeiten usw.).

Zusätzliche Hürden sind unterschiedliche Finanzierungslogiken zwischen Familienbildung und Kita. So wurde berichtet, dass die Familienbildungsinstitution ihr Angebot in der Kita nicht durchführen konnte, da nach dem Erwachsenenweiterbildungsgesetz zehn Teilnehmer für die Durchführung einer Veranstaltung erforderlich sind, eine Teilnehmerzahl, die für ein niedrigschwelliges Angebot in der Kita zu hoch ist.

Eine weitere Hürde betreffen die Förderrichtlinien der Leitungskräfte. In Einrichtungen, die aus dem Kita-Top finanziert werden, sind die Steuerung eines ausgeweiteten Angebotsspektrums und der Aufbau von Kooperationsbeziehungen, die zusätzliche Arbeitsressourcen in Anspruch nehmen, nicht vorgesehen.

Auffallend war in der Recherche die Kritik an den Länderrichtlinien, die kontraproduktiv für die Entwicklung der Eltern-Kind-Zentren seien. In Bremen wurde kritisiert, dass 2005 zusätzliche Sprachfördermittel gekürzt wurden, die für die Förderung benachteiligter Kinder dringend gebraucht wurden. In NRW wurde kritisiert, dass das Land einerseits Familienzentren fördere, gleichzeitig eine Umstellung des GTK plane, das die bestehenden Finanzierungsgrundlagen – aus der Sicht der Einrichtungen – destabilisiere.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es bisher keine etablierten Finanzierungswege gibt, obwohl ohne eine verlässliche Finanzierung keine Planungssicherheit möglich ist. Für eine größere Verbreitung von Eltern-Kind-Zentren ist es unerlässlich, entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten – möglicherweise sogar im Rahmen der Regelfinanzierung – zu schaffen.

8 Qualifikationsprofile der Mitarbeiter/innen – Zusammensetzung der Teams

Die Weiterentwicklung der Angebotsstruktur in Kindertageseinrichtungen erfordert sowohl zusätzliche *quantitative als auch qualitative* Ressourcen. Die Zusammensetzung der Teams ist – je nach Basiseinrichtung – unterschiedlich. In den Einrichtungen auf der Grundlage von Familienbildungs-/Mütterzentren sind Erzieherinnen und Erwachsenenbildnerinnen eingestellt. In den Kita's ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ausschließlich die Berufsgruppe der Erzieherinnen vertreten. Die Einrichtungen haben sehr unterschiedliche Modelle, wie und mit wem die Deckung des zusätzlichen Personalbedarfs ermöglicht wird. So werden sowohl eigenes Personal als auch Personal aus anderen Kindertageseinrichtungen, Beratungsstellen oder Familienbildungsstätten, aber auch ABM-Kräfte oder Honorarkräfte eingesetzt. In vielen Einrichtungen wird zudem durch ehrenamtliches Engagement ein zusätzliches Angebot ermöglicht.

Bei der Einschätzung des Kompetenzprofils der Erzieherinnen ist zu unterscheiden zwischen denjenigen, die eine ausschließliche kleinkindpädagogische Orientierung haben und den Erzieherinnen, die sich durch Praxiserfahrung und Zusatzqualifikationen ein breiteres professionelles Profil haben. Eine zu enge, kleinkindpädagogische Orientierung ist für die Umsetzung des Konzeptes eines Eltern-Kind-Zentrums hinderlich. Sie erschwert den Blick auf die Familie als System, auf die sozialräumlichen Anforderungen und auf die Belange der Erwachsenengeneration. Ein pädagogisch-normativer Umgang mit Eltern verhindert den Blick auf ihre spezifischen Lebenslagen und ist ein „Filter“ im Umgang mit den Eltern. Für die Leitung eines Zentrums, die unterschiedliche Angebote koordinieren muss, Kooperationsbeziehungen aufzubauen hat, sind zusätzliche Leitungs- und Managementqualifikationen erforderlich. Grundsätzlich ist ein Mix von unterschiedlichen Kompetenzen für die komplexen Aufgaben der Zentren notwendig. Mit der gesteuerten Einbindung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements können zusätzliche Qualifikationen und Kompetenzen eingebunden werden.

9 Exkurs: Eltern-Kind-Zentren als Mehrgenerationenhäuser

Eltern-Kind-Zentren sind ein zentraler Baustein familienfreundlicher Politik. In Zusammenspiel mit lokalen Bündnissen, der Allianz für Familien und kinderfreundlichen Betrieben können sie die soziale Infrastruktur für Familien verbessern. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist die Fortsetzung der in der Ära Schmidt konzipierten Familienpolitik angekündigt, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur bleibt ein zentraler Schwerpunkt.

Ein herausragender Aspekt der aktuellen Familienpolitik ist die Berücksichtigung des demografischen Wandels und die Neugestaltung der Generationenbeziehungen auch außerhalb familialer Kontexte. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ aufgelegt, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den Generationen auch in Institutionen sozialer Handlungsfelder zu fördern. Das Aktionsprogramm beschreibt das MGH „als soziales Lebensmodell“, in dem die Generationen sich – nicht nur im Kontext verwandtschaftlicher Bindungen – treffen. Im Fokus des Programms steht die Weiterentwicklung von Institutionen zu Mehrgenerationenhäusern; zu den Prototypen zählt auch das „Eltern-Kind-Zentrum“.

In der Bilanz sind folgende Merkmale der Eltern-Kind-Zentren eine förderliche Grundlage für die Konzeptionierung eines Mehrgenerationenhauses:

- Der intergenerative **Kontext**, der mindestens zwei, häufig aber auch drei Generationen umfasst: die Gruppe der Kinder, deren Bildungs- und Erziehungsprozesse im Mittelpunkt stehen, die Generation der Eltern, die insbesondere in den Kita's in doppelter Funktion in der Kita aktiv sind (zum einen sind sie Nutzer, zum anderen sind sie ehrenamtliche Akteure) sowie die Gruppe der Großeltern, die – bedingt durch gesellschaftlichen Wandel – immer häufiger die Funktionen/Aufgaben von Eltern übernehmen.
- Die **Gemeinwesenorientierung**, die Anbindung an nachbarschaftliche Bezüge und das **niedrigschwellige Angebot**, mit dem auch die Gruppe der Risiko- und Problemfamilien erreicht wird. Die Nutzer der Einrichtungen, d.h. Kinder, Eltern und Großeltern, sind ein zentrales Bindeglied zwischen den Familien und den nachbarschaftlichen Netzwerken.
- Die vertikale und horizontale Integration von professionellen Angebotssegmenten, mit der die Einhaltung professioneller Standards bei der Ausgestaltung der Angebotspalette sichergestellt wird.

- Die institutionellen Erfahrungen und die lange Tradition sowohl von Kindertageseinrichtungen als auch von Familienzentren bei der Einbindung ehrenamtlicher Potentiale.
- **Beziehungskontinuität, Verlässlichkeit und soziale Integration**
Für Eltern und Kinder sind die Einrichtungen drei Jahre lang ein täglicher Ort der Begegnung. Damit ist Beziehungskontinuität und Verlässlichkeit über einen sehr langen Zeitraum sichergestellt. Darüber hinaus sind die Zentren auch ein Ort der sozialen Integration. Familien, die neu hinzugezogen sind, können über die Einrichtungen leicht Kontakte knüpfen. Auch die Mischung unterschiedlicher Lebenslagen und verschiedener Ethnien verringert Ausgrenzung.
- Die **gesetzlich verankerte Regelfinanzierung** für das Arbeitsfeld der Tageseinrichtungen. Das bedeutet, dass Träger/Einrichtungsleitungen – Vergleich mit anderen Einrichtungstypen – verhältnismäßig sichere Rahmenbedingungen für das Andocken weiterer Angebote haben.
- **Der hohe Anteil professioneller Fachkräfte**, mit denen die Einhaltung fachlicher Standards gewährleistet wird. Auch die Aktivierung und Einbindung der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen wird durch die professionelle Steuerung sichergestellt. Die externen ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen haben immer die gleichen Ansprechpartner, die sie in ihrem zusätzlichen Engagement begleiten und unterstützen.

III Bilanz und Perspektiven

1 Zusammenfassung

Die Recherche vermittelt ein differenziertes und positives Bild: Das System ist in Bewegung, Einrichtungen und Träger sind offen für Veränderungsprozesse. Verglichen mit vergangenen Epochen der Kita-Arbeit, in der die Einrichtungen geschlossene Systeme mit festem Kundenstamm waren, vollzieht sich ein Öffnungsprozess. Im Vergleich haben die Einrichtungen unterschiedliche Etappenziele erreicht, dies betrifft sowohl die inhaltlichen Angebote als auch die strukturelle Entwicklung. Die Veränderungsbereitschaft hat sich auch auf vielen Veranstaltungen bestätigt; das Konzept einer integrierten Angebotsstruktur wird im Grundsatz nicht infrage gestellt.

Mit Blick auf zukünftige Entwicklungen werden zentrale Rechercheergebnisse sowohl aus der Perspektive der Einrichtungen als auch der Nutzer bilanziert.

Organisationsformen

Entsprechend der Leitorientierung wäre das Zentrum, in dem alle Angebote „unter einem Dach“ integriert werden könnten, die ideale Organisationsstruktur. Jedoch scheitert das Ideal an den realen Praxisbedingungen. Insbesondere die Kindertageseinrichtungen verfügen nur zu einem sehr kleinen Teil über die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen; die Einrichtungen müssen sich „nach der Decke strecken“ und die existierenden Rahmenbedingungen beachten. Zu diesen zählt auch, dass keine neuen Einrichtungen gebaut, bzw. keine Investivmittel im großen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Faktor sind die vorhandenen Institutionen im Spektrum der Familienbildungsarbeit /Mütterzentren. Sie verfügen über gut ausgestattete eigene Räumlichkeiten, die sie auch weiterhin nutzen wollen. Vor diesem Hintergrund hat das Kooperationsmodell, in dem verschiedene Angebote ein gemeinsames Konzept und eine integrierte Handlungsperspektive entwickeln, große Realisierungschancen. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die Angebote fußläufig zu erreichen sind. Sobald die Wege zu weit und Verkehrsmittel genutzt werden müssen, steigt die Nutzungsschwelle. Im Einzelfall kann und muss entschieden werden, welche Angebote beispielsweise in die Basiseinrichtung Kita integriert werden und welche in anderen Institutionen stattfinden. Insbesondere in Einrich-

tungen, die mit problembelasteten Familien arbeiten, ist die Nutzung anderer Einrichtung eine große Hürde.

Angebotspalette

Die Recherche zeigt in der Summe eine sehr breite Angebotspalette. Die spezifischen Konzepte der Einrichtungen und ihre Profile unterscheiden sich aber erheblich. Die Stärke der Einrichtungen ist das „Zusammenbringen“ frühkindlicher Bildungsförderung mit den Lebenslagen der Eltern und Familien. In diesem inter- und intragenerativen Bildungs- und Entwicklungsraum haben primärpräventive Angebote wie z.B. die frühe Förderung der Erziehungsleistung der Eltern genau so ihren Platz wie Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Begegnung zwischen „Alt und Jung“. Die Unterschiede in der konkreten Konzeptionalisierung ergeben sich zum einen aus dem Basisangebot der Einrichtung und zum anderen aus den Lebenslagen der Familien, also den sozialräumlichen Bedingungen.

Einrichtungen auf der Grundlage von Familienbildungsstätten/Mütterzentren bieten ein breites Spektrum von Angeboten „rund um die Geburt und das erste Lebensjahr“ an, während Einrichtungen auf der Grundlage von Kitas eine breitere Angebotspalette haben für Themen „rund um das Kindergartenalter“. Ein weiteres wichtiges Unterscheidungskriterium sind die sozialräumlichen Bedingungen und die Lebenslagen der Eltern. Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung wird es erforderlich sein, das Kern- und Leistungsangebot der Zentren im Kontext sozialräumlicher Bedingungen zu definieren. Beispielsweise in Einrichtungen mit einem hohen Anteil arbeitsloser Eltern hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine andere Bedeutung als in Einrichtungen mit einem hohen Anteil berufstätiger Eltern.

Dementsprechend sind die folgenden Vorschläge zur inhaltlichen Weiterentwicklung in den spezifischen Einrichtungskontext zu stellen.

Inhaltliche Weiterentwicklungen sind in folgende Richtungen denkbar:

- Eine Ausweitung der Angebote zur frühen Förderung und Einbindung der Eltern in die Entwicklungs- und Bildungsprozesse der Kinder. In der Recherche gibt es dafür einige gute Einzelbeispiele, in der Fläche werden diese Angebote nicht durchgeführt. Dieses Angebot ist schicht- und lebenslagenunabhängig für alle Eltern eine wichtige Unterstützung.
- Die Verknüpfung mit niedrighschwelligem Angeboten, wie z.B. Opstapje und Hippy, empfiehlt sich in Zentren mit einem hohen Anteil von Eltern mit

Migrationsgeschichte und/oder familiären Problemlagen. Auch dieses Angebot konnte in der Recherche nur selten festgestellt werden.

- Eine verstärkte Verknüpfung mit Arbeitsmarktberatung, Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsintegration: Besonders für jugendliche Mütter, Eltern in Elternzeit, Alleinerziehende könnten hier besondere unterstützende Maßnahmen zusammenfließen. Auch hierfür gibt es einige gute Beispiele, von denen die Mütter, deren Kinder Einrichtungen besuchen, profitieren.
- In Richtung einer Integration familien- und haushaltsentlastender Dienste: Um die Belastungen berufstätiger Eltern zu mindern, wäre ein breites Angebot an Diensten und Alltagshilfen – von der Vermittlung von Putzhilfen, über eine Mittagskantine bis hin zu Wäsche- und Bügeldienst – sinnvoll in Eltern-Kind-Zentren anzusiedeln. Auch dieses Angebot konnte nur sehr vereinzelt festgestellt werden.
- Eine stärkere Verknüpfung mit Angeboten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere mit Angeboten der Tagespflege. Diese Verknüpfung ist für die Mehrzahl der Einrichtungen von Bedeutung.

Kooperation und Vernetzung

Das Leitmotiv der Vernetzung findet eine breite Zustimmung bei Wissenschaftlern, Politikern und Praktikern. Nicht nur NRW und Brandenburg, wo Zentren landespolitisch gefördert werden, sondern auch andere Bundesländer, beispielsweise Baden-Württemberg und Sachsen, initiieren die Vernetzung von Kita's mit anderen Einrichtungen, Projekten und andere Aktivitäten. Der Aufbau einer vernetzten Angebotsstruktur hat mehrere Effekte und muss aus mehreren Perspektiven analysiert werden. In diesem Kontext ist kritisch anzumerken, dass die Termini nicht beliebig genutzt, sondern handlungsrelevanten Indikatoren entsprechen sollten.

Eine wesentliche Dimension ist die Kooperation zwischen den Einrichtungen. Dadurch werden zusätzliche und qualitativ neue Angebote entwickelt. Verbreitet ist das Einbeziehen von Angeboten anderer Träger in die eigene Einrichtung oder das Vermitteln und Begleiten der Eltern bei der Inanspruchnahme anderer Einrichtungen. Dabei geht es zum einen geht es um die Verbesserung der Angebote für Familien, zum anderen um das Zusammenspiel unterschiedlicher Kompetenzen und der Entwicklung neuer Handlungsprofile.

Die Angebotsvielfalt entsteht in der Regel aus der Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Trägern vor Ort, von Beratungsstellen über Volkshochschulen bis

hin zu Selbsthilfeinitiativen und Sportvereinen. Je nach den institutionellen und kontextuellen Rahmenbedingungen fällt die Entscheidung unterschiedlich aus, welche Kooperationspartner einbezogen werden. Kooperationen wurden in der Regel dort begünstigt, wo bereits Ansätze einer lokalen Vernetzung (E&C, lokales Bündnis für Familien usw.) und eine Verständigung über übergeordnete lokale Zielsetzungen vorhanden waren. Hier konnte eine dynamische Entwicklung einsetzen.

Die Kooperationen zwischen Einrichtungsmitarbeiter/innen sind nicht identisch mit einer sozialräumlichen Vernetzung unterschiedlicher Träger, die Effekte auf das bestehende System hat. Durch Vernetzung wird kommunalpolitisch ein Prozess initiiert, der mittel- und langfristig eine Veränderung der sozialen Infrastruktur bewirkt. Eine Veränderung, die auf der Folie der Leitorientierung wünschenswert ist, weil sie der Zersplitterung und Segmentierung der Angebotssäulen entgegenwirkt, andererseits dem Paradigma einer pluralen Trägerlandschaft entgegensteht. Der Anspruch nach Kooperation und Vernetzung wird zumindestens schwierig, gegebenenfalls verhindert durch – förderpolitisch induziertem – Wettbewerb und Trägerkonkurrenz, der durch immer geringer werdende finanzielle Fördermittel verschärft wird.

Die Ambivalenzen dieses Prozesses, verursacht durch divergierende Interessenlagen, sollten als „Planungsgröße“ mit bedacht werden. Von daher bedarf es einer kommunalen Steuerung, die Raum für Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse lässt, um unterschiedliche Interessen ausbalancieren zu können. Dafür sind zusätzliche Koordinierungs- oder Vernetzungsressourcen auf der kommunalen Ebene erforderlich. Dabei ist auch die Doppelrolle der Kommunen in den Blick zu nehmen: Einerseits haben sie die kommunale Planungsverantwortung, andererseits sind sie durch die Trägerschaft eigener Einrichtungen in die kommunale Konkurrenzdynamik eingebunden. Dennoch ist die kommunale Zuständigkeit der Kommunen unstrittig.

Erforderlich ist auch die Einbindung in ein lokales Gesamtkonzept, das nicht nur aus der Jugendhilfe, sondern auch aus anderen Arbeitsfeldern strukturell gestützt und ideell getragen sollte, beispielsweise ortsansässige Unternehmen, Vertreter aus Kunst und Kultur und regionale Meinungsproduzenten, z.B. Medienvertreter. Dieser erweiterte Ansatz wird durch die lokalen Bündnisse gefördert.

Finanzierungsgrundlagen

Diese oben genannten Aspekte werfen sehr weitgehende Fragen nach den Förderbedingungen und Finanzierungsgrundlagen dieser Zentren auf, die möglicherweise nur durch einen Systemwechsel sicherzustellen sind.

Der Aufbau von Eltern-Kind-Zentren kann nicht kostenneutral, z.B. durch personelle Umschichtungen erreicht werden. Sowohl investive Mittel als auch erhöhte Sach-, Personal- und Betriebskosten müssen zur Verfügung stehen. Anzustreben ist ein Finanzierungsmix aus öffentlicher Förderung, Nutzerbeiträgen und evtl. Beteiligung ansässiger Wirtschaftsunternehmen. Erforderlich sind auch veränderte Förderrichtlinien, beispielsweise die Förderung von Leistungspaketen, die über die enge Rahmung des jeweiligen arbeitsfeldspezifischen Kontextes hinausgehen.

Qualifikation und Zusammensetzung der Mitarbeiterteams

Das Qualifikationsprofil der Erzieherin reicht nicht aus, um die differenzierten und breit gefächerten Aufgaben eines Eltern-Kind-Zentrums bewältigen zu können. Erforderlich sind verschiedene Kompetenzprofile, integriert in multiprofessionelle Teams. Die Erzieherin als Fachfrau für Kleinkindpädagogik, die Erwachsenenbildnerin für die Arbeit mit Eltern, die Sprachtherapeutin sind Beispiele für unterschiedliche Kompetenzprofile, die im Zusammenspiel koordiniert und gesteuert werden müssen. Die Steuerung eines multiprofessionellen Teams ist die Aufgabe der Leitung, die darüber hinaus auch zusätzliche Kompetenzen für den Aufbau von Kooperationsbeziehungen und der Weiterentwicklung der Konzeption im Kontext sozialräumlicher Bedingungen braucht. Diese Qualifikationsanforderungen sollten im Zuge der Reformierung der Ausbildungsgänge und der Einholung von Hochschulausbildungen für das Arbeitsfeld mit bedacht werden.

Grundsätzlich können durch die Einbindung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements zusätzliche Ressourcen erschlossen werden.

2 Label/Markenzeichen

In den Fachdiskussionen wird immer wieder die Frage nach einem Einrichtungslabel aufgeworfen. Da die Einrichtungen eine große Schnittmenge zum Regelanbot der Kita's haben, ist die Einführung eines Markenzeichens erforderlich; ansonsten besteht die Gefahr einer Umetikettierung, ohne dass die Arbeit substantiell erweitert wird. Aus der Sicht der Recherche sollte ein Label Indikatoren

für den „institutionellen Mehrwert“ identifizieren, der ein Eltern-Kind-Zentrum von anderen Einrichtungen unterscheidet. Dieser erschließt sich nicht aus einem besonderes Einzelangebot oder die Summe der Einzelangebote, sondern durch das Zusammenspiel verschiedener aufeinander abgestimmter Angebote, orientiert an den Lebenslagen der Familien im Einzugesgebiet. Folgende Aspekte sind hierbei zu beachten:

– **Fachlich-pädagogische Konzeption für die Arbeit mit Kindern**

- Die Verknüpfung der fachlichen Angebote mit den Lebenslagen der Kinder. Beispielsweise Einrichtungen mit einem hohen Migrationsanteil haben ein interkulturelles Konzept und spezifische Sprachförderangebote.
- Der Einsatz systematischer Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren; diese unterstützen sowohl eine systematische Entwicklungsförderung der Kinder als auch die Information der Eltern über die Entwicklungsfortschritte der Kinder.
- Die Einrichtung eines Frühwarnsystems trägt ebenfalls zur Qualitätssteigerung der fachlichen Arbeit bei.

– **Angebotspalette für Eltern**

Angebote für Eltern, die über das erforderliche Regelangebot im Kontext der Kita-Arbeit hinausgehen, sind z.B. Angebote für weiterführende Beratungen, Vermittlungen und Unterstützung bei der Nutzung anderer Institutionen, z.B. ASD, Erziehungsberatung, Integrations- und Sprachförderangebote, arbeitsmarktfördernde Maßnahmen. Zusätzliche Möglichkeiten werden durch die Bereitstellung der vorhandenen Räume für selbst organisierte Angebote geschaffen. Ein Angebot für alle Einrichtungen, unabhängig von den Lebenslagen der Eltern, ist die frühzeitige Einbindung der Eltern in die Bildungsprozesse der Kinder.

– **Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Bedarfsorientierte Öffnungszeiten, angedockte Betreuungsangebote wie z.B. Tagespflege, sind weitere, wichtige elternunterstützende Maßnahmen.

– **Kooperation und Vernetzung**

Aus der Perspektive der Einrichtungsmitarbeiter/innen sind die Einbindung der Einrichtung in das kommunale Jugendhilfekonzert und der Aufbau von Kooperationsbeziehungen zu den bestehenden Einrichtungen des Umfeldes erforderlich. Die Einbindung in ein regionales Kooperationsnetz, z.B. die Beteiligung am lokale Bündnisse und die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern, z.B. aus der Wirtschaft, aus Kunst und Kultur sind wünschenswert.

– **Qualitätsentwicklungskonzept**

Die Einrichtungen haben ein Konzept, mit dem sie die Qualität ihrer Arbeit entwickeln, sichern und prüfen können. Dieses Konzept ist mit dem Träger der Einrichtung abgestimmt und liegt schriftlich vor.

3 Implementation eines sozialen Frühwarnsystems

Frühkindliche Pädagogik will die Entwicklungspotentiale der Kinder fördern, Probleme frühzeitig erkennen und durch entsprechende Maßnahmen Fehlentwicklungen verhindern. Je früher Probleme erkannt und aufgegriffen werden, desto größer sind die Chancen, Entwicklungsprozesse positiv zu gestalten. Die weit reichende Bedeutung frühzeitiger Prävention rückte durch die aktuellen spektakulären Fälle von Kindesvernachlässigung, – die insbesondere im Jahre 2006 die Öffentlichkeit aufschreckten –, in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Gefordert werden Maßnahmen, mit denen Problemlagen frühzeitig erkannt und positiv beeinflusst werden können. In diesem Zusammenhang hat die Implementation eines sozialen Frühwarnsystems eine besondere Relevanz.

Die Nutzung eines Frühwarnsystems ist in vielen Bereichen – beispielsweise in technischen und naturwissenschaftlichen Arbeitsfeldern – selbstverständlich, dagegen steht die Anwendung innerhalb der sozialen Arbeitsfelder noch am Anfang. Dabei ist zu berücksichtigen, dass technische Frühwarnsysteme nicht einfach auf soziale Handlungsfelder übertragen werden können, sondern auf deren Besonderheiten angepasst werden müssen.

Die Adaption auf die sozialpädagogischen Handlungsfelder wurde im Institut für Soziale Arbeit, ISA Münster, geleistet (vgl. E. Jordan, S. Wagenblass, Soziales Frühwarnsystem, Münster 2002). Die Autoren haben die Logik der bestehenden Frühwarnsysteme für die Systemlogik sozialpädagogischer Handlungsfelder aufbereitet, das Konzept verknüpft Handlungsschritte und Kompetenzanforderungen:

1. **Die Wahrnehmung des Problems**

Die Fachkräfte brauchen entsprechende Kompetenzen, um den Entwicklungsstand eines Kindes zu beobachten und zu erkennen,

2. **Die Deutung der Wahrnehmung**

Die Fachkräfte haben die Fähigkeit, Gefahrenpotentiale zu erkennen, zu bewerten und zu prüfen.

3. Die **Warnung**

Die Fachkräfte vermitteln ihre Erkenntnisse auch an weitere verantwortliche Personen oder Institutionen.

4. **Entwickeln und Durchführen von Maßnahmen**

Auf der Grundlage der Erkenntnisse werden entsprechende Fördermaßnahmen entwickelt, umgesetzt und ihre Wirksamkeit nach einer angemessenen Zeitspanne eingeschätzt (vgl. Modellprojekt Soziales Frühwarnsystem, Zwischenbericht, Düsseldorf 2002)

Alle vier Schritte sind aufeinander bezogen, das System ist nur wirksam, wenn auch alle Schritte durchgeführt werden. In NRW wurden auf dieser Grundlage an verschiedenen Standorten sozialraumbezogene Frühwarnsysteme als Modellprojekte implementiert mit dem Ziel, sozialräumlich bedingte Benachteiligungsstruktur durch zusätzliche Förderangebote auszugleichen (a.a.O.).

Dieser Ansatz lässt sich m.E. grundsätzlich in allen Kindertageseinrichtungen einsetzen, da das Verfahren große Gemeinsamkeiten mit den Handlungsschritten einer systematischen Bildungsförderung aufweist, wie sie in vielen Einrichtungen bereits praktiziert wird. Die konzeptionellen Elemente

- Wahrnehmung/Beobachtung, Einschätzung,
- Dokumentation,
- Angebotsgestaltung/Fördermaßnahmen,
- Elterngespräche,

sind anschlussfähig, bzw. identisch sind mit den Verfahrensschritten des Frühwarnsystems.

Das – schon mehrfach erwähnte – förderliche institutionelle Setting der Tageseinrichtungen für Kinder, insbesondere die langfristigen und intensiven Beziehungskontinuitäten sind für den Einsatz eines Frühwarnsystems eine geeignete Grundlage. Auch die geforderte Kooperation und Vernetzung mit anderen institutionellen Angeboten kann dadurch intensiviert und systematisiert werden. Die Einrichtungen könnten an Fördermaßnahmen anknüpfen, die bereits **vor** Eintritt in die Kita initiiert wurden und Fördermaßnahmen einleiten, die zusätzlich zum Kita-Angebot durchgeführt werden. Damit kann eine Förderkette aufgebaut werden, die sowohl mehrere Lebensphasen als auch unterschiedliche Institutionen umfasst.

4 Evaluation

Teil des Qualitätsentwicklungskonzeptes ist die Evaluation. In der Recherche konnte der Einsatz von Evaluationsverfahren nur sehr vereinzelt und bezogen auf Teilaspekte der jeweiligen Einrichtung festgestellt werden. Grundsätzlich ist es aber erforderlich, die Wirkungen auf Eltern, Kinder, Familien und auf das Gemeinwesen zu evaluieren.

Die Evaluation hat unterschiedliche Bedeutungen. Sie ermöglicht einerseits Selbstvergewisserung, d.h. die Selbsteinschätzung der Akteure wird abgeglichen mit einer Fremdeinschätzung. Damit werden neue Einsichten gewonnen und die Handlungs- und Planungssicherheit vergrößert. Zum anderen ermöglichen Evaluationen Transparenz über die erreichten Ziele und können auch im Sinne eines Rechenschaftsberichts verstanden werden, auch um Geldgeber von der Wirksamkeit des Angebots zu überzeugen, ein wichtiger Aspekt in Zeiten knapper Kassen. Somit sind Evaluationsverfahren ein zentrales Steuerungsinstrument.

Die Wirksamkeit des Angebotes kann an folgenden Indikatoren gemessen werden:

1. Die Inanspruchnahme des Angebots.
2. Die subjektive Zufriedenheit der Nutzer mit dem Programmangebot. Da Familien das Angebot freiwillig in Anspruch nehmen, ist ihre subjektive Zufriedenheit ein zentraler Indikator.
3. Die Bereitschaft der Eltern, zusätzliche Unterstützungsangebote gegebenenfalls auch an anderen Orten in Anspruch zu nehmen.
4. Die Beteiligung an Aktivitäten im Gemeinwesen.
5. Die Wirksamkeit der Kooperations- und Vernetzungsstrukturen.
6. Die Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen.
7. Weiterentwicklung des professionellen Selbstverständnisses.
8. Entwicklungsfortschritte der Kinder.
9. Mittelfristige Senkung der Jugendhilfekosten z.B. bei Fremdunterbringung, sozialpädagogischer Familienhilfe, Kosten für „Hilfen zur Erziehung“. Diese Effekte können aber erst mittel- und langfristig deutlich werden. Kurzfristig könnte auch ein Ansteigen der Fallzahlen ein Erfolgsfaktor sein, z.B. wenn Eltern sich trauen, erforderliche Erziehungsberatung erstmalig in Anspruch zu nehmen.

5 Weiterer Forschungsbedarf

Aus unserer Perspektive sollten folgende Aspekte weiterführend analysiert werden:

- Bedarfe und Beteiligung der Eltern: Die vorliegenden Daten geben nur begrenzte Informationen über die tatsächliche Elternbeteiligung und die spezifischen Bedarfe aufgrund der unterschiedlichen Lebenslagen der Eltern. Zu prüfen sind auch ungewollte selektive Effekte; hierbei ist von Interesse, wie die institutionellen Integrationspotentiale besser genutzt werden können.
- Die Angebote könnten danach untersucht werden, wie sie im Kontext einer generellen „Familien“-Orientierung auch auf Unterschiede in den Bedürfnissen und Interessen der Familienmitglieder eingehen aufgreifen, dabei sind „Geschlecht“ und „Berufstätigkeit“ ein wichtiges Kriterium.
- Personalmix und Zusammensetzung der Mitarbeitergruppe, beispielsweise neue Anforderungen, die sich aus der fachlichen und institutionellen Weiterentwicklung ergeben, erforderliche Differenzierungen und Spezialisierungen für Führungskräfte und Mitarbeiter/innen und der Einsatz freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements.
- Einrichtungsinterne Steuerung von Veränderungsprozessen: Bei etablierten Einrichtungen kann ein Spannungsfeld entstehen zwischen Profilentwicklung und Profilverlust. Wo liegen die Grenzen einer Programmentwicklung sowohl für die „Stammkunden“ als auch für die Mitarbeiter/innen? Wie können organisationsinterne Veränderungsprozesse zielorientiert gesteuert werden?
- Dreh- und Angelpunkt der Angebotsstruktur ist die Entwicklung und „Pflege“ von Netzwerken. Sowohl zu den erforderlichen Vernetzungskompetenzen als auch zu den strukturellen Rahmenbedingungen liegen relativ wenig gesicherte arbeitsfeldspezifische Erkenntnisse vor. Auch hier fehlen Daten, die genaueren Aufschluss geben über Scheitern oder Gelingen lokaler, familienorientierter Netzwerke.

Literaturhinweise

- AWO, Bezirksverband Niederrhein e.V. (Hrsg.) (2005): Armutsprävention vor Ort, MO.KI – Monheim für Kinder, Evaluation des Modellprojekts. Monheim
- BMFSFJ (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule, Bericht der Sachverständigenkommission.
- British Council Germany (2004): Early Excellence. Eine internationale Studie zur Integration frühkindlicher Bildung, Erziehung und Elternarbeit mit Vorschlägen für internationale Standards. Berlin
- Bruckner E./Walther C. (2002): Sozialen Zusammenhalt in der Kommune sichern. Daten und Fakten aus dem Projekt „Kompass-Modellkommunen“ der Bertelsmann-Stiftung. Veröffentlichung für das Fachforum am 30. Oktober 2002 in Celle.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung & Beratung e.V.: Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familienbildungsstätten e.V.; Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung & Beratung e.V.; Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten (2005): Flyer: Familienbildung in Deutschland (www.familienbildung.de). Elmshorn
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2005): Zahlenspiegel. Daten zu Tageseinrichtungen für Kinder. Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. München
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2004): Peucker C./Riedel B.: Häuser für Kinder und Familien. Recherchebericht. München
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2004): Sann A./Thrum K: Opstapje – Schritt für Schritt. Abschlussbericht des Modellprojektes. München
- Diller A. (2006): Eltern-Kind-Zentren – fachpolitische Hintergründe und aktuelle Erkenntnisse einer bundesweiten Recherche. In: KiTa aktuell NRW, Heft 3/2006, S. 55-57
- Diller A. (2006): Gemeinsam an einem Strang. Eltern-Kind-Zentren und Mehrgenerationenhäuser. In: frühe Kindheit, die ersten sechs Jahre, Heft 6/2006, S. 30-37. Berlin
- Diller A./Rauschenbach Th. (2006): Eltern-Kind-Zentren. Entwicklungslinien, Organisationsformen und Handlungsstrategien. Ergebnisse einer bundesweiten Recherche. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heft 5/2006, Berlin
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (EAF) (2002): Berlin: Sept./Okt. 2002

- Gerzer-Sass, A. (2003): Eltern sein heute – neue Herausforderungen an die Erziehungskompetenz. Vortrag zur Eltern-Kind-Bildungsarbeit in der Evangelischen Erwachsenenbildung am 6./7. November 2002 in Hannover. In: Zeitschrift der DEAE „entwürfe“, Heft 18/2003. Frankfurt
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hrsg.) (2005): Armutsprävention vor Ort – „MO.KI – Monheim für Kinder“. Evaluationsergebnisse zum Modellprojekt von Arbeiterwohlfahrt Niederrhein und Stadt Monheim. Frankfurt
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hrsg.): Armut im frühen Grundschulalter. Abschlussbericht der vertiefenden Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt.
- Jordan E., Wagenblast S. (2002): Soziales Frühwarnsystem. Münster
- Kess-Familienzentrum (2005): www.kwachrdenker.club.de. Nienhagen
- Krüsselberg H.G./Reichmann H.(Hrsg.) (2002): Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft: Vom Wert von Familie für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Graf-schaft
- Maier-Grafe, U./Löser, D. (2005): Entwicklung eines interkommunalen sozial-räumlichen Monitoringsystems für die Qualifizierung von kommunalen Familien- und Sozialberichterstattungsvorhaben der Städte Gießen und Wetzlar
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nord-rhein-Westfalen (2006): www.familienzentren.nrw.de/projekte. Düsseldorf
- Modellprojekt Soziales Frühwarnsystem (2002): Zwischenbericht, Düsseldorf
- Projekt MO.KI (2005): www.monheim.de/Jugendamt. Monheim
- Schubert, H. (2006): Netzwerkkooperation – Organisation, Qualitätsmerkmale und Methoden (unveröffentlichter Vortrag)
- Seehausen H. (2004): Zukunftsmodell „Haus des Kindes“. Ergebnis-Dokumentation. Frankfurt
- Stadt Ludwigsburg (2004): Werkstattbericht zum Stadtentwicklungskonzept. Ludwigsburg
- Stadt Nürnberg (2002): Bündnis für Familien, Die Kindertagesstätte als Ort für Familien. Nürnberg
- van Santen, E./Seckinger, H. (2003): Kooperation: Mythos und Realität einer Praxis. München
- www.familienzentren.nrw.de
- www.fhh.hamburg.de/stadt/aktuell/behoerden/bsg/ausschreibungen-bekanntgaben/2006-04-fs621-eltern-kind-zentren
- www.mbf.brandenburg.de/sixcms/list.php/aktuelles

Liste der interviewten Einrichtungen bzw. Einrichtungsträger

(Einrichtungen mit einem * wurden in der ersten Erhebung 2004 befragt)

Augsburg: K.I.D.S.-Familienstützpunkte, Amt für Kinder, Jugend und Familie,
Göttinger Str. 59 a, 86159 Augsburg

Berlin: Kinder- und Familienzentrum Schillerstraße, Schillerstraße 61-62, 10627
Berlin

Darmstadt: „Orte für Kinder“, Kindertagesstätte, Emilstr. 26, 64293 Darmstadt

Essen: Kinderhaus „Blauer Elefant“ Gerswidastr. 1-3a, 45127 Essen

Frankfurt/Oder: Kindertagesstätte „Spatzenhaus – Ein Haus für Generationen“,
Willigstr. 37/38, 15232 Frankfurt a.d.O.

Frankfurt/a.M.: Internationales Familienzentrum e.V., Wiesenhüttenplatz 33,
60329 Frankfurt

Guben: Haus der Familie e.V. mit Kita „Waldhaus“, Goethestr. 93 (Haus der Fa-
milie) bzw. Goethestr. 101 (Kita), 03172 Guben

Hamburg: Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH, Oberstr.14 b,
20144 Hamburg,

Halle: IRIS Regenbogenzentrum, Schleiermacherstr. 39, 06114 Halle/S.

Hitzkofen: Kinderhaus Hitzkofen, Wilflinger Str. 15, 72511 Bingen-Hitzkofen*

Hoyerswerda: Landesmodellprojekt Familienbildung in Kooperation mit Kinder-
tageseinrichtungen, Standorte Hoyerswerda und Markleberg. Standort Hoyers-
werda, Sozialverband Sachsen VdK e.V., Familiennetzwerk Hoyerswerda, Otto-
Nagel-Str. 53/54, 02977 Hoyerswerda *

Kiel: AWO-Kinderhaus Spreecallee, Spreecallee 76, 24111 Kiel

Ludwigsburg: Projekt KiFa (Kinderbetreuung und Familienbildung), Mathildenstr.
21/1, 71634 Ludwigsburg

Melsungen: Städtischer Kindergarten Bachfeld, Sälzerweg 10, 34312 Melsungen

Modellprojekt Soziales Frühwarnsystem, Zwischenbericht, Düsseldorf 2002

Monheim: MOKI – Monheim für Kinder. Modellprojekt zur Förderung von Kin-
dern und Familien. Projektleitung: Jugendamt Monheim am Rhein, Grünauer
Str. 10, 40789 Monheim am Rhein, Beteiligte Einrichtungen: Kita AWO Grü-
nauer Straße, Kita AWO Prenzlauer Straße, Städt. Kita Oranienburger Straße,

Evangelische Kindertagesstätte Grunewaldstraße, Katholische Kindertagesstätte St. Johannes

München: Städtische Kooperationseinrichtung Langenbürgener Straße, Langenbürgener Str. 11, 81549 München

Nienhagen, Kess (Kinder, Eltern, Singles, Senioren), Herzogin-Agnes-Platz 8, 29336 Nienhagen

Nienhagen, Evg. Kindertageseinrichtung, Jahnring 5, 29338 Nienhagen

Nürnberg: Kindertagesstätte Sperberstraße des Kinderhaus Nürnberg e.V., Sperberstr. 82, 90461 Nürnberg *

Nürnberg: Modellprojekt „Die Kindertagesstätte als Ort für Familien“ im Kindergarten Vordere Bleiweißstraße, Vordere Bleiweißstr. 2, 90461 Nürnberg

Paderborn: Westfälisches Kinderdorf e.V., Haterbusch 32, 33102 Paderborn

Pattensen, „Mobile – Verein für Gesundheits- und Familienbildung e.V.“, Göttinger Str. 25 a, 30982 Pattensen

Ringheim, Kindertageszentrum Ringheim, Dresdner Str. 26 a, 63762 Großostheim

Salzgitter, SOS Kinderdorf/Mütterzentrum, Braunschweiger Str. 137, 38259 Salzgitter

Stralsund: Integratives Montessori-Kinderhaus Sonnenhof, Sonnenhof 15, 18437 Stralsund *

Anlage zum Grundlagenbericht „Eltern-Kind-Zentren“

Beispiele für Eltern-Kind-Zentren

Es wurden sieben Einrichtungen ausgewählt, die mindestens ein Jahr als Eltern-Kind-Zentren arbeiten. Eine Ausnahme ist das Zentrum in Halle, die Familienbildungsstätte arbeitet seit 1991, die Kindertagesstätte ist seit Anfang 2005 an das Zentrum angeschlossen.

Die Einrichtungen wurden im Juni 2005 ausgewählt aufgrund von Telefonaten oder persönlichen Besuchen.

Nürnberg: Modellprojekt „Die Kindertagesstätte als Ort für Familien“ – der Kindergarten Vordere Bleiweißstraße als Prototyp

Mit dem Standort Nürnberg wird ein Beispiel vorgeschlagen, wo seit zwei Jahren an der Kindertagesstätte Vordere Bleiweißstraße ein Modellprojekt mit einer sehr ähnlichen Zielsetzung wie die „Eltern-Kind-Zentren“ läuft – und offenbar so gut läuft, dass es Nachahmer findet: So haben sich mittlerweile 15 Einrichtungen unterschiedlicher Träger dem Projekt angeschlossen. Vom Organisationstyp ist dieses Beispiel dem Modell „Kindertageseinrichtung plus“ zuzurechnen.

Besonderheiten:

- Von Anfang an gab es eine Verknüpfung mit dem lokalen Bündnis für Familien, in dessen Rahmen es initiiert wurde und eingebunden ist.
- Ausgehend von einem Kindergarten des kommunalen Trägers hat sich ein trägerübergreifendes Netzwerk von 16 Einrichtungen herausgebildet, das die Idee der Kindertagesstätte als „Ort für Familien“ umsetzen will.
- Modulsystem: Bei gemeinsamer Grundidee werden unterschiedliche Akzente gesetzt und Module realisiert.
- Die Öffnung zum Stadtteil und (institutionalisierte) Vernetzung der Angebote für Familien im Quartier ist zentraler Baustein.
- Ein spezielles Modul umfasst die Förderung ehrenamtlichen Engagements.

- Aus dem Projekt heraus entsteht derzeit ein Fortbildungskonzept für Erzieher/innen zum „Eltern Coaching“.
- Kooperation mit Programmen zur frühkindlichen Entwicklungsförderung (Hippy, Schritt für Schritt)
- Eine Projektgruppe mit allen beteiligten Einrichtungen wurde als wichtiges begleitendes Element zum Praxisaustausch und für die qualitative Weiterentwicklung eingerichtet.

Berlin: Kinder- und Familienzentrum Schillerstraße als erstes deutsches Early Excellence Centre

Das Kinder und Familienzentrum Schillerstraße in Berlin wird vorgeschlagen, weil es als das erste deutsche Early Excellence Centre bekannt geworden ist. Es versucht, dieses Konzept (oder Teile desselben) in engem Austausch mit einem englischen EEC umzusetzen. Dabei spielt insbesondere auch die enge Verknüpfung zwischen Praxis und Ausbildung bzw. Weiterbildung konzeptionell eine wichtige Rolle. Auch diesem Modell liegt der Typus „Kindertageseinrichtung plus“ zugrunde.

Besonderheiten:

- Das EEC Schillerstraße stellt die Erziehungspartnerschaft in den Mittelpunkt, d.h. die Arbeit mit den Familien wird eng mit dem Ziel der ganzheitlichen, gezielten Förderung der Kinder verknüpft.
- Ähnlich wie beim englischen Vorbild ist die Verflechtung zwischen good practice und Ausbildung Teil des Konzepts: Die Erfahrungen des Projekts werden in den Ausbildungs-Praxis-Verbund der Heinz und Heide Dürr-Stiftung eingebracht und sollen zur fachlichen Weiterentwicklung der Schul- und Praxiseinrichtungen beitragen.
- Anders als bei den anderen vorgeschlagenen Beispielen war der Aufbau des Kinder- und Familienzentrums finanziell, strukturell und personell vergleichsweise großzügig abgesichert.
- Die Einrichtung besitzt eine bundesweite Ausstrahlung.

Bremen: Kindertagesheim Lüssum im Verbund mit dem Gemeindezentrum und dem Haus der Zukunft

Das Beispiel aus Bremen steht für ein Verbundprojekt, das aus der engen Kooperation und Verzahnung der Angebote von Kindertagesstätte, Gemeindezentrum

und dem Nachbarschaftszentrum „Haus der Zukunft“ (alle auf einem Gelände) entstanden ist. Beim Haus der Zukunft ist die evangelisch-lutherische Gemeinde Mit-Träger, bei den anderen beiden Einrichtungen alleiniger Träger. Das Ensemble liegt in einem Programmgebiet von „Soziale Stadt“ und „E&C“, das Quartiersmanagement ist direkt im Haus der Zukunft angesiedelt. Vom Organisationstypus her lässt sich dieses Beispiel als ein Kooperationsmodell charakterisieren.

Besonderheiten:

- Familienorientierte Angebote finden im Kindertagesheim, im Gemeindezentrum und im Haus der Zukunft statt und sind eng aufeinander abgestimmt.
- Einmal im Jahr findet eine gemeinsame Projektwoche dieser drei Einrichtungen statt, wo alle am selben Thema arbeiten.
- Das Haus der Zukunft beherbergt zugleich das Haus der Familie Lüssum; dies ist eine Einrichtung des Amtes für Soziale Dienste Bremen, die sich mit einem niedrigschwelligen Angebot an alle Familien im Stadtteil richtet (Austausch/ Begegnung, Mütterbildungskurse, Mutter-Kind-Gruppen, Deutschkurse, türkische Erziehungsberatung ...).
- Weitere Beratungsdienste im Haus, Tagesmüttervermittlung usw.
- Maßnahmen zur Qualifizierung von Sozialhilfeempfänger/innen finden in der gemeinsamen Küche von Kindergarten und Hort statt.
- Ausgehend von den Erfahrungen des Kindertagesheims Lüssum sollen die evangelischen Kindertageseinrichtungen in Bremen durch ein geplantes Projekt „Familienbildung in evangelischen Tageseinrichtungen für Kinder“ eine Weiterentwicklung erfahren. Dieses Projekt hat als speziellen Fokus die verstärkte Integration von Elternbildungsmaßnahmen in die Kindertagesstätten.

Melsungen: Vernetztes kommunales Projekt zur Entwicklung eines Zukunftsmodells „Haus des Kindes“

Bei diesem von der Frankfurter Agentur für Innovation und Forschung wissenschaftlich begleiteten Projekt geht es um eine von vielen lokalen Akteuren gemeinsam getragene, koordinierte Weiterentwicklung bedarfsgerechter Dienstleistungen und Bildungsangebote für junge Familien. Mit dem Städtischen Kindergarten Bachfeld steht eine Einrichtung zur Verfügung, in der einige innovative Ideen ansatzweise bereits umgesetzt werden.

Das Besondere und Impulsgebende an dem Projekt ist vor allem das „Wie“ seiner Entwicklung und Umsetzung:

- Das Zukunftskonzept „Haus des Kindes“ entstand aus einer beispielhaften Kooperation zwischen der Stadt Melsungen und der Wirtschaft.
- Zu seiner Umsetzung wurde ein Förderverein „Zukunftsfähiges Melsungen“ sowie eine Stiftung „Kinder- und Familienfreundliches Melsungen“ gegründet.
- Es ist gelungen, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auf allen Ebenen zu verankern.
- Das „Haus des Kindes“ ist das Dach, unter dem sich alle in den Bereichen Bildung, Erziehung, Betreuung und Freizeit tätigen Personen derzeit vernetzen.
- Langfristig soll eine Dienstleistungszentrale als Knotenpunkt mit Beratungs- und Vermittlungsangeboten gegründet werden. Bis zur Umsetzung werden verschiedene Angebote dezentral in bestehenden Einrichtungen realisiert.

Monheim am Rhein: MO.KI – Monheim für Kinder. Ein Modellprojekt zur Förderung von Kindern und Familien

MO.KI ist ein kommunales Projekt zur Armutsprävention, angesiedelt in einem sozialen Brennpunkt in Monheim. Ziel ist es, eine Präventionskette von der Geburt bis zur Berufsausbildung zu entwickeln, die dem Alltag der Familien im Stadtteil gerecht wird, sie über die verschiedenen institutionellen Übergänge hinweg begleitet, und die Bildungs- und Entwicklungschancen der dort aufwachsenden Kinder vergrößert. Den fünf Kindertageseinrichtungen im Viertel (in unterschiedlicher Trägerschaft) fällt dabei eine zentrale Rolle als Knotenpunkte innerhalb des kommunalen Jugendhilfesystems zu. Um eine verlässliche und präventiv ausgerichtete Struktur zur Vermeidung bzw. Verminderung von Kinderarmut zu gewährleisten, wurde ihre Arbeit auch inhaltlich weiterentwickelt.

Vom Organisationstypus her handelt es sich um ein Kooperationsmodell. Zentrale Bedeutung kommt dabei allerdings einer externen Koordinierungsstelle zu, die die Vernetzung vorantreibt, Projekte anregt und die Qualifizierung der Fachkräfte organisiert. Diese Koordinierungsstelle ist mittlerweile fest in der kommunalen Jugendhilfestruktur verankert. Örtlich ist sie in einer der Kindertageseinrichtungen angesiedelt.

Besonderheiten:

- Die Weiterentwicklung der Einrichtungen erfolgt im Rahmen eines lokalen Programms, das um Armutsprävention zentriert ist.
- Eine wichtige unterstützende Rolle erfüllt eine externe Koordinierungsstelle.
- Angeregt durch diese wurde ein Kooperationsnetzwerk aufgebaut, in dem z.B. die Kindertagesstätten, der Sozialpädagogische Dienst, die Erziehungsberatungsstelle und andere Beratungsstellen, Hebammen, Familienbildungsstätten, Schulen, Freizeitstätten und engagierte Eltern mitwirken.
- Zentral ist auch die Projektgruppe der fünf beteiligten Kindertageseinrichtungen. In 7- bis 14-tägigen Treffen beschäftigen sich die Leiter/innen und andere interessierte Erzieher/innen mit einer großen Bandbreite von Themen: von Gesundheit über Elternarbeit und Sprachförderung bis hin zu Qualifizierung der Erzieher/innen.
- Die Arbeit der Kindertageseinrichtungen wurde in den Bereichen Sprachförderung, Gesundheits- und Bewegungsförderung, interkulturelle Kompetenz weiterqualifiziert.
- Speziell mit dem Ziel, Elternkompetenzen zu stärken, laufen verschiedene Angebote über die Kindertageseinrichtungen, so z.B. das Programm „Rucksack“, ein Elternbildungs- und Sprachförderprogramm, das Mütter mit Migrationshintergrund als Multiplikatorinnen schult, oder „FuN“ (Familie und Nachbarschaft), das sich speziell an bildungsungewohnte Familien richtet. Darüber hinaus: Sprachkurse, internationale Geburtsvorbereitungskurse, internationale Mutter-Kind-Gruppe, Beratungsstunden (SPHF, Erziehungsberatung) in den Kindertagesstätten usw.
- Es gibt einrichtungsübergreifende Angebote, wie z.B. gemeinsame Elternabende der fünf Einrichtungen zu bestimmten Themen, z. B. Sprachförderung.

KiTZ (Kindertageszentrum) Einrichtungen der Stadt München

Die Stadt München hat bereits 1991 die Idee des KiTZ-Konzeptes im Stadtrat beschlossen und sowohl 2003 und 2005 den aktuellen Entwicklungen angepasst. Demnach umfassen Kindertageszentren mehrere Aufgabenbereiche der Jugendhilfe und integrieren unterschiedlichste Leistungen:

- Unterstützende und beratende Dienstleistungsangebote für Eltern, Betreuungspersonen, Familien und die weitere Gemeinde, KJHG §§ 17, 28
- Bildungsangebote für Familien und Kinder, KJHG §§ 16, 11

- Kindertagesbetreuung, KJHG 22, 24 (und Tagespflege, KJHG § 23)
- Trägervielfalt und wirksame Kooperation mit anderen Anbietern, um die bestehende regionale Praxis zu erweitern, KJHG §§ 3, 4
- Erweiterung der Einbindung von Familien und Stärkung der Eigeninitiative, KJHG §§ 8, 25

Die Einrichtung in der Langenbürgerstraße ist ein Beispiel der Münchener Kindertageszentren. Die Angebotspalette in dieser Einrichtung umfasst:

- Öffnungszeiten täglich von ca. 7.00 – 18.00 Uhr sowie Angebote außerhalb der Öffnungszeit (abends oder am Wochenende).
- Institutionelle Kindertagesbetreuung für Kinder von der neunten Lebenswoche bis zu sechs bzw. 12 Jahren.
- Offene Gruppen (z.B. Eltern-Kind-Treffs, Freizeitangebote für Kinder und Eltern, Mittagstisch, Hausaufgabenbetreuung).
- Angebote zur Begegnung und Kommunikation (Familien werden besucht bzw. aktiv eingeladen zu kommen).
- Beratungsangebote für Familien (z.B. Erziehungs- und Beziehungsberatung, Elternschule).
- Vernetztes Arbeiten mit therapeutischen Einrichtungen und Angebote, die die gesundheitliche Aufklärung betreffen.
- Familienbildung und Kurse zu verschiedenen Themen (Geburtsvorbereitung, Sprach- und PC-Kurse u.a.).
- Erweiterte Mitbestimmung von Familien und stärkeres Einbeziehen in die praktische Arbeit.
- Offene Angebote für Kinder und Eltern aus dem Wohnumfeld.
- Angebot von Räumen für wohnumfeldorientierte Aktivitäten und Initiativen.
- Ein im Aufbau befindliches Angebot ist die Zusammenarbeit mit der quartiersbezogenen Arbeitsvermittlung für benachteiligte Jugendliche.

Das IRIS Regenbogenzentrum in Halle

Das IRIS Regenbogenzentrum versteht sich als „Familienbildungs- und Begegnungsstätte der Zukunft“ und ist im März 1990 von engagierten Frauen der Stadt Halle gegründet worden. Im Laufe der Jahre hat das Zentrum sich zu einer Familienbildungsstätte weiterentwickelt, deren Kernangebot Themen „rund um

Schwangerschaft, Geburt, Kindererziehung“ sind. Unter dem Dach des Zentrums befinden sich

- eine staatlich anerkannte Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstelle,
- eine Schwangerschaftsberatungsstelle, eine Familienbildungsstätte und ein Geburtshaus, das von freischaffenden Hebammen betrieben wird,
- seit Anfang 2005 in den unteren Räumen eine Kindertageseinrichtung für 20 Kinder von 0-6 Jahren.

Zusätzliche Angebote umfassen:

- die so genannte Babyuniversität, ein Weiterbildungsangebot für Mütter mit ganz kleinen Kindern, die während der Kursdauer von wöchentlich zwei Stunden betreut werden.
- Das Projekt „INTEGRITAS“ ist ein neues Angebotssegment, das sich an Eltern mit behinderten Kindern richtet.
- Die MOBILE SPIELPLATZBERATUNG, ein niederschwelliges Angebot für Eltern.

Das Zentrum arbeitet nach dem Konzept einer ganzheitlichen, lebensphasenorientierten Familienbildung. Die Eltern können über einen langen Zeitraum – von der Geburt bis zur mittleren Kindheitsphase – beim Heranwachsen ihrer Kinder begleitet werden. Die seit diesem Jahr begonnene Kooperation mit einer Kindertageseinrichtung (auf der Grundlage KJHG § 22 ff.) für 20 Kinder von 0-6 Jahren eröffnet sehr gute Möglichkeiten der Vernetzung. So können die Eltern der Kindertageseinrichtung die Angebote der Familienbildungsstätte im selben Haus nutzen, und die Angebotsentwicklung der Familienbildungsstätte kann sich an den Bedarfen der Kita-Eltern orientieren. Beide Angebotsformen können sich auf Dauer „durchweben“ und im Sinne einer vertikalen und horizontalen Integration gestaltet werden.

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München
Telefon: +49(0)89 62306-0
Fax: +49(0)89 62306-162
www.dji.de